Mittwoch, 20. Dezember 1922. **Einzelnummer 60 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 287.**

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungsboten 1200.—
am Postamt 1320.—
ins Ausland 600 deutsche M

Fernsprecher 2273. 3110

Tel.-Adr. Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 60.— M. Reklameteil. .180.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M. „ „ Reklameteil 60.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nach der Warschauer Schreckenstat.

Konnte der Mord verhindert werden?

Anläßlich der Tatsache, daß in vielen Blättern darauf hingewiesen worden ist, daß weder vor dem Zacheta-Palast noch im Gebäude selbst zur Zeit des Besuchs des Staatspräsidenten Narutowicz **Polizei** anwesend gewesen sei, hat sich der Vertreter der Ost-Agentur an den Minister **Darowski**, der damals die Amtsgewalt des Innenministers ausübte, mit der Bitte um Aufklärung gewandt. Minister Darowski erklärte, daß diese Frage durch Informationen, die von seiten der nächsten Umgebung des Präsidenten erteilt worden seien, bereits genügend geklärt sei. Seinerseits fügte der Minister hinzu: „Ich stelle fest, daß weder ich noch das Sicherheitsdepartement, noch der Regierungskommissar für die Stadt Warschau nicht einmal von der Absicht des Präsidenten, den Zacheta-Palast zu besuchen, in Kenntnis gesetzt worden sind. Für mich persönlich war diese überraschende Tat um so schrecklicher, als sowohl dem Präsidenten selbst als auch seiner nächsten Umgebung mein entschlossener Standpunkt bekannt war, nämlich daß sich der Präsident eine bestimmte Zeit hindurch nach Möglichkeit nirgends hinbegeben dürfte, nicht nur aus Gründen der Sicherheit, sondern auch aus politischen Rücksichten. Einen solchen Standpunkt mußte ich einnehmen im Zusamenhang mit dem für Sonntag, den 17. d. Mts., geplanten feierlichen Gottesdienst in der Kathedrale, bei dem der Staatspräsident zugegen sein sollte. Nach einer längeren Konferenz, die am Donnerstag abend im Innenministerium stattfand, überzeugte ich den Vertreter der Zivilkanzlei des Präsidenten davon, daß auf keinen Fall ein solcher Gottesdienst angeordnet werden dürfe, weil die Stimmung nicht danach angetan sei und der geeignetste Augenblick Neujahr wäre. Bis dahin werde Beruhigung im Lande eintreten und die breiteste öffentliche Meinung mit der edlen Gestalt des Präsidenten bekannt werden können. Diesen Standpunkt dem Präsidenten selbst auseinanderzusetzen, hatte ich die Möglichkeit am Freitag, dem 15. d. Mts. Der Präsident teilte meine Ansichten ganz und gar. Als Chef der öffentlichen Sicherheit hätte ich mich in diesem Moment dem Besuch des Zacheta-Palastes aus Rücksichten der Sicherheit sowie aus politischen Gründen unbedingt widersetzt."

Eine Erklärung Josef Hellers.

Der „Dziennik Pozn." veröffentlicht folgende Erklärung des Abgeordneten und ehemaligen Generals Josef Haller: „Ein gewisser Teil der Bevölkerung und der Presse legt mir eine ganze Reihe von Handlungen zur Last, die ich als Soldat und Staatsbürger mit meinem Gewissen nicht in Einklang bringen könnte. Mir werden **Erklärungen** zugeschrieben, die ich nicht **abgegeben** habe, und mir wird, der **Wahrheit widersprechend**, vorgeworfen, ich hätte zu **verfassungswidrigen und verbrecherischen Handlungen** aufgereizt. Meine ganze militärische und staatsbürgerliche Tätigkeit, die offenbar ein Teil der verblendeten Parteipolitiker schon vergessen hat, beweist deutlich genug, wie ich die Pflichten eines Polen und Staatsbürgers verstehe. Jeder ehrliche Pole weiß, daß ich in allen meinen Erklärungen immer zur Wahrung der gesetzlichen Ordnung, zur Einigkeit und Arbeit gemahnt habe. Um so schmerzlicher ist mir jetzt, daß ich für das ganze dem Dienste des Vaterlandes gewidmete Leben jetzt Haß und Verleumdung ernte, die soweit gehen, daß ich genötigt bin, zur Verteidigung meines Namens alle Verleumder vor Gericht zu ziehen."

Erklärungen der Sejmfraktionen.

Der Vorstand der Sejmfraktion der **polnischen Volkspartei** veröffentlicht folgende Erklärung: „Aufs Tiefste erschüttert, verdammt die Sejmfraktion der polnischen Volkspartei den in der Geschichte Polens bis jetzt unerhörten **Meuchelmord**, als dessen Opfer der erste Präsident des wiedererstandenen freien Polens fiel. Die **Verantwortung** für das unschuldig vergossene Blut, für die Schändung des Rufes des polnischen Volkes und für die daraus für den Staat entstehenden Schäden, fällt nicht nur auf den Mörder sondern **auch auf die**, die die verbrecherische Atmosphäre in der öffentlichen Meinung **vorbereiteten**."

Der **Wyzwolenieklub** erklärt: „Die Wyzwoleniefraktion im Sejm und im Senat **brandmarkt mit äußerster Entrüstung** den an der Person des ersten Präsidenten der Republik verübten **schändlichen Mord**. Die Fraktion erklärt zugleich, daß als **die moralische Veranlassung** der Tat, deren Folge ein Bürgerkrieg in Polen sein kann, **der verfassungswidrige Standpunkt der Klubs der Rechten** und der Presse der Rechten ist, deren **verbrecherische Aufhetzung der Jugend und der Menge** den Mord herbeiführte. Die Fraktion erwartet von der neuen Regierung sofortige Untersuchung, Niederwerfung der sich ausbreitenden Verschwörungen und attentäterischen Organisationen und **strengste Bestrafung sowohl der unmittelbar als auch mittelbar Schuldigen**."

Der **ukrainische Klub** hat folgende Erklärung angenommen: „Der erste Präsident der polnischen Republik, Gabriel Narutowicz, der mit den Stimmen der polnischen Demokratie und den sogenannten Minderheiten gewählt wurde, ist ermordet worden. Dieser politische Mord ist auch ein Echo der Stimmung, die sich gegen uns Ukrainer richtet. Die Artikel der polnischen Rechtspresse sind voll von Beschimpfungen und Bemerkungen, die uns nicht als Nation betreffen. Hiermit geben wir der gesamten organisierten polnischen Bevölkerung kund, **daß wir in unseren uralten Gebieten die Mehrheit und nicht die Minderheit bilden**, und daß wir **nicht zulassen** werden, daß wir als **Bürger zweiter Klasse** behandelt werden. Wir wenden uns an unser Volk mit der Aufforderung, Ruhe im Lande zu bewahren, am Parteikampf der polnischen Nation nicht teilnehmen und alle Kräfte um seine Organisationen und rechtlichen Vertreter zu sammeln, in der Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, ihre Rechte und den Namen ihrer Nation zu verteidigen." Eine ähnliche Resolution haben **auch die Weißrussen** gefaßt.

Der **Klub der jüdischen Abgeordneten** hat anläßlich der Ermordung des Staatspräsidenten Narutowicz eine Entschließung gefaßt, in der der an der Person des höchsten Beamten des Staates verübte Mord aufs schärfste verurteilt und als **Folge der reaktionären Tendenzen bestimmter politischer Gruppen** erklärt wird. Außerdem hat der jüdische Klub noch eine andere Entschließung folgenden Inhalts gefaßt: „Der jüdische Klub empfiehlt nach Besprechung der politischen Lage dem Präsidium, in den Verhandlungen mit anderen Parteien über **die Kandidaturen für die Präsidentenwahl** darauf zu achten, daß der Kandidat für den Präsidentenposten der Republik die **Garantie** gibt, daß er der **Wächter der Verfassung** sein wird, in der die **Gleichheit aller Bürger** der Republik garantiert wird."

Vor der neuen Präsidentenwahl.

Als Kandidaten für den Posten des Staatspräsidenten werden gegenwärtig genannt der Sejmmarschall **Rataj**, der Abgeordnete St. **Wojciechowski** und der Präsident der Akademie der Wissenschaften Kazimierz **Morawski**. Der Sejmmarschall **Rataj** hat am Montag erklärt, er würde **nicht kandidieren**. Auch Graf Maurycy **Zamojski** gibt bekannt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Kandidatur **nicht annehmen** würde.

Witos verzichtet.

Die polnische Fraktion stellte ihren Führer Witos als Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Republik auf. Witos **verzichtete** jedoch mit der Erklärung, daß er die Kandidatur unter allen Umständen **ablehne**. Die **Wyzwolenie-Gruppe** will den General **Rydza-Śmigiek** als Kandidaten aufstellen. Während zweimaliger Beratungen zwischen zentro-linken Vertretern wurden die Kandidaturen **Wojciechowskis** und des Generals **Sikorski** erwogen. Da jedoch die Wyzwolenie-Gruppe gegen beide Kandidaten gewisse Vorbehalte machte, sind die weiteren Beratungen vertagt worden. Die **Rechte** scheint sich über einen eigenen Kandidaten noch nicht einig geworden zu sein. Sie warte noch die Antwort der Volksparteiler auf den vor der Bildung ihr gemachten Vorschlag einer „polnischen" Mehrheit für die Präsidentenwahl.

Werden die Juden mitwählen?

In den Wandelgängen des Sejm hat sich das **Gerücht** verbreitet, die **jüdischen Abgeordneten** werden sich an der neuen Präsidentenwahl **nicht beteiligen**. Demgegenüber will der Warschauer Berichterstatter des „Dziennik Poznański" wissen, daß innerhalb der jüdischen Fraktion zwei Gruppen vorhanden sind. Die eine ist der Ansicht, daß die jüdischen Abgeordneten sich **ihrer Pflicht**, bei der Wahl des Staatspräsidenten mitzuwirken, **nicht entziehen** dürften. Die andere steht auf dem Standpunkt, daß, wenn ein **Präsident der Republik, der von den Juden mitgewählt worden sei**, schon darum als **ein zum Tode Verurteilter** gelten müsse, die Juden **sich schon aus humanitären Rücksichten der Stimme würden enthalten müssen**.

Die Einberufung der Nationalversammlung.

Die Sejmabgeordneten und Senatoren erhielten am Montag ein Schreiben des Sejmmarschalls folgenden Inhalts: Auf Grund des Art. 41 des Gesetzes vom 17. März 1921 über die Verfassung der Republik Polen berufe ich die Nationalversammlung auf **Mittwoch, den 20. Dezember d. Js.**, 12 Uhr mittags, in den Beratungssaal des Sejm und des Senats der Republik Polen. Der Vorsitzende der Nationalversammlung. Sejmmarschall **Rataj**.

Polens neue Regierung.

Der neue Ministerpräsident.

Der Divisionsgeneral, Chef des Generalstabes, Władysław **Sikorski**, wurde im Jahre 1881 in Tuszowo (Galizien) geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Tarnow; auf dem Lemberger Polytechnikum erhielt er das Diplom als Ingenieur. Nach Ausbruch des Weltkrieges trat Sikorski in die **Legionen** ein, die durch Piłsudski bei der österreichischen Armee gebildet worden waren, und in diesen verblieb er bis zum Jahre 1918. In diesem Jahre übernahm er die Quartiermeisterschaft in der Heeresleitung der Ostgruppe der polnischen Armee und später die Leitung der Operationsgruppe Nr. 1. Nach der Offensive auf Tarnow-Zbaraż zog sich die Gruppe des Generals Sikorski in vollkommener Ordnung bis auf Lemberg zurück, von wo sie dann nach der Entscheidungsschlacht bis zur Grenze des heutigen Ostgalizien vorrückte. Im Jahre 1920 zum Heerführer der Gruppe in Polesien ernannt, kämpfte Sikorski bei Muzyr. Während der bolschewistischen Offensive gegen Warschau wurde er zum Heerführer der dritten Armee ernannt und war in verwickelte Kämpfe mit der Armee Budieny verwickelt. Am 1. April 1921 wurde er zum Genneralstabschef ernannt und reorganisierte als solcher das polnische Heer.

Dem Kabinett Sikorski

gehören jetzt folgende Männer an:

- Ministerpräsidium und Inneres: General Władysław **Sikorski**.
- Äußeres: Alexander **Skrzyński**, bisher polnischer Gesandter in Rumänien.
- Finanzen: Zygmunt **Jastrzębski**.
- Kultus: Prof. Joseph **Mikułowski-Pomorski**.
- Krieg: Generalleutnant Kasimir **Sosnkowski**.
- Justiz: Professor Wacław **Makowski**.
- Arbeit und öffentliche Fürsorge: Ludwig **Darowski**.
- Öffentliche Arbeiten: Prof. Jan **Lopuszański**.
- Eisenbahn und Verkehr: Ludwig **Zagorny-Marynowski**.
- Handel und Industrie: Henryk **Straßburger**.
- Landwirtschaft: Dr. Jan **Raczyński**.
- Gesundheitswesen: Dr. Witold **Chodźko**.

Fast alle Minister gehörten bereits dem Kabinett Nowak, einige — vor allem der Kriegsminister Sosnkowski — bereits früheren Regierungen an. Neuernannt wurden die politisch bisher unbekannten Leiter des Kultusministeriums und des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.

Der Montag in Warschau.

Der Montag ist in Warschau **ruhig** verlaufen. Am Abend empfing General **Sikorski** Vertreter der Presse, denen er erklärte, daß die **Aufgabe** seiner Regierung darin bestände, **die Lage im ganzen Staate zu beherrschen**, die Ordnung aufrechtzuerhalten, ferner **die moralische und materielle Entwaffnung** der Bevölkerung. Der General betonte, daß auf Grund einer von ihm erlassenen Verfügung die sozialen Organisationen entwaffnet werden. Darauf appellierte er an die Presse, der Regierung bei der moralischen Entwaffnung zu helfen und gegenseitige Invektiven und Beschuldigungen zu vermeiden. Die verbreiteten Gerüchte von einem Rücktritt des Generals Raszewski sowie von angeblichen Personenwechseln innerhalb der Generalität entbehren nach der Versicherung des neuen Ministerpräsidenten jeder Grundlage.

Verhaftungen.

Am Sonntag abend wurden in Warschau **mehrere Offiziere verhaftet**, darunter der Oberst **Modelski**, der Hauptmann **Malinowski** und der Leutnant **Sierociński**, die zu den nächsten Mitarbeitern des Generals Haller gehören sollen. Am späten Abend wurde im „Hotel Angielski" der Oberst im Generalstab **Dowoyno-Sołłohub** verhaftet.

Personalveränderungen bei den Warschauer Sicherheitsbehörden.

Minister **Darowski** veranlaßte den Regierungskommissar für die Stadt Warschau **Bożecki**, einen vorläufigen Urlaub zu nehmen, und übertrug die Leitung des Kommissariats dem früheren Regierungskommissar **Franciszek Anusz**. Die Leitung des Departements der öffentlichen Sicherheit im Innenministerium wurde an Stelle des Direktors Urbanowicz, der von seinem Posten enthoben wurde, dem Oberst **Bajer** übertragen. An die Stelle des von seinem Posten enthobenen Abteilung Kliński tritt der Podprokurator des Warschauer Bezirksgerichts **Jaszczołd**, an die Stelle des von seinem Posten enthobenen Chef der Presseabteilung **Mańkowski** der Hauptmann **Libicki**.

Ausnahmezustand in Warschau.

Die am Montag erschienene Nummer des „Dziennik Ustaw" enthält die Verordnung, durch die über Warschau der Ausnahmezustand verhängt wird.

Gegen die Verbreitung beunruhigender Gerüchte.

Das Regierungskommissariat für die Stadt Warschau hat den Befehl ausgegeben alle Personen zu verhaften, die Nachrichten verbreiten, die darauf berechnet sind, die Gemüter aufzureizen. Die breiten Schichten der Bevölkerung werden aufgefordert keinen Personen die Unfrieden stiften wollen, Gehör zu schenken, und den Sicherheitsorganen solche Personen anzugeben, die sich der Verbreitung von beunruhigenden Gerüchten schuldig machen.

Beileidsbezeigungen ausländischer Regierungen.

Der Präsident der Republik Frankreich übersandte dem Sejmmarschall folgende Kondolenzdepesche. „Herrn Sejmmarschall Rataj, Warschau. In äußerster Empörung über den unbegreiflichen Anschlag, dessen Opfer der Präsident der Republik wurde, spreche ich Ihnen mein Mitgefühl aus zu dem schweren Verlust, den Polen erlitten hat. **Millerand**."

Der Präsident des Ministerrates erhielt vom französischen Ministerpräsidenten Poincaré ein Telegramm folgenden Wortlauts: „Der tragische Tod des ersten Präsidenten der Republik Polen hat die französische Regierung tief bewegt. Ich bitte Sie, allen Ihren Kollegen im Ministerkabinett den Ausdruck unseres aufrichtigsten Mitgefühls zu übermitteln. Die Regierung der Republik Frankreich nimmt an der Nationaltrauer Polens vollen Anteil. **Poincaré**."

Das Außenministerium empfing am Sonntag und am Montag eine ganze Reihe von **Beileidsbesuchen** der in Warschau akkreditierten diplomatischen Vertreter; u. a. erschienen der Vertreter der Vereinigten Staaten **Gibbson**, der italienische Gesandte **Tomassini**, der deutsche Gesandte **Rauscher**, der belgische Gesandte **Esdaille**, der spanische Gesandte **Aguerra**, der rumänische Gesandte **Floresca**, der Vertreter Finnlands **Ecstreem**, der südslawische Gesandte **Simic**, der tschechisch-slowakische Gesandte **Max**, der schwediche Geschäftsträger **Rottig**, der russische Geschäftsträger **Lorenz**, der japanische Bevollmächtigte **Kawakami**, der Vertreter Dänemarks **Arnstedt**, der Vertreter Englands **Mac Miller**, der französische Gesandte **Panafieux**, der griechische Geschäftsträger **Mavroudis** und der ukrainische Geschäftsträger **Possidowski**.

Deutsche Pressestimmen zur Ermordung Narutowiczs.

Der Warschauer Berichterstatter der „**Frankfurter Zeitung**" berichtet über die Ermordung Narutowiczs seinem Blatte folgendes: „Mit raffinierter Überlegung hat **die Rechte** die in Polen reichlich vorhandenen **antisemitischen Instinkte aufgeputscht**, um den ganzen Haß, der die Juden frißt, auf **die gesamten Minderheiten** und damit auch auf **die Linksparteien** übertragen zu können. Der **maßlose Haß** übertrug sich **auch auf Narutowicz**, der zum „**Judenpräsidenten**" gestempelt wurde. Er wurde zum **Deutschenfreund**, und noch mehr, zum **Verräter Polens an Deutschland** ausgerufen, weil er im Jahre 1917 in einem Briefe an die „Neue Züricher Zeitung" dargelegt hatte, daß Polen mehr von Deutschland und Österreich erwarten könne, als von der Entente, die bis dahin nur Versprechungen gemacht habe. Trotzdem war der Ermordete **ein absoluter Pole**, und in einer längeren Unterredung, die wir vor einigen Wochen mit ihm hatten, machte er aus seinem **rein polnischen Standpunkt** nicht den geringsten Hehl. In der ersten Zeit seiner Tätigkeit als Minister des Äußern hat er z. B. in den Danziger Fragen eine schärfere Stellung eingenommen, als sein Vorgänger."

Die „**Danziger Zeitung**" schreibt unter der Überschrift „Ein neues Opfer des Mordwesens":

„Die Verwirrung aller Moralbegriffe scheint Gemeingut der politischen Fanatiker aller Länder zu sein. Jeder, der die allein echte Vaterlandsliebe für sich gepachtet zu haben glaubt, maßt sich das Rächeramt an — gegen alle, die der nationalen Sache, wie sie sich in seinem Gehirn malt, schlecht dienen. Diesem Wahnwitz ist jetzt auch der erst vor acht Tagen erwählte neue Präsident der polnischen Republik Gabryel **Narutowicz** zum Opfer gefallen. Außer dem menschlichen Mitgefühl mit der sympathischen Erscheinung des ermordeten Staatsmannes, der, in der Mitte der fünfziger Jahre stehend, seine angesehene Stellung als Professor an

einer Schweizer Hochschule aufgegeben hat, um in der lang entbehrten Heimat seinem Volke zu dienen, und neben dem Abscheu über die verbrecherische Tat wird auch die lebhafteste Besorgnis über die nächsten Schicksale des polnischen Reiches, mit dem der Freistaat durch starke Momente wirtschaftlicher Interessengemeinschaft verbunden, wachgerufen.

Das polnische Volk hat sich am 5. November in seiner großen Mehrheit für eine demokratische Regierungsform ohne nationalistische Übertriebenheiten ausgesprochen. Die Wahl von Narutowicz zum Staatspräsidenten — zustandegekommen nicht so sehr, weil man in ihm eine überragende staatsmännische Energie und den gegebenen Exponenten für den Willen des polnischen Volkes sah, als vielmehr, weil es an einer solchen repräsentativen Persönlichkeit fehlte und man sich in der Verlegenheit auf den geachteten Namen des bisherigen Außenministers einigte — gab den Nationalisten Anlaß zu heftigstem Toben. Es gelang dem abtretenden Kabinett Nowak nur unter Aufbietung der äußersten Energie und nach Ausschiffung unzuverlässiger Persönlichkeiten aus verantwortungsvollen Stellungen, die Ruhe fürs erste wiederherzustellen; da wirft der tödliche Schuß eines exaltierten Fanatikers wieder alles über den Haufen und droht aufs neue die Fackel des Bürgerkrieges in dem seiner inneren Konsolidation so dringend bedürftigen Staate zu entzünden.

Wo der Mörder politisch hingehört, wer hinter ihm steht, wer um die Tat gewußt und sie unterstützt hat, das alles ist im Augenblick noch völlig ungeklärt. Es fehlt natürlich nicht an Stimmen, die sofort versichern, daß Niewiadomski nur ein Sonderling sei, für den niemand verantwortlich ist; es wird ihm sogar, im Zusammenhang mit einem Straßenbahnunfall, den er im Jahre 1918 erlitten hatte, die geistige Zurechnungsfähigkeit abgesprochen. Die Instrumente sind bekanntlich immer minderwertig und niemand ist mitschuldig — aber überall zeigt sich das gleiche Bild, daß diese minderwertigen Instrumente immer dann ihre unheilvollen Taten vollbringen, wenn die intellektuellen Führer der extremen Parteien die politische Fehde auf die Spitze treiben und durch die maßlose Gehässigkeit ihrer Agitation die Geister aufpeitschen."

Das „Berliner Tageblatt" schreibt: „Die drei Schüsse, die den neuen Präsidenten der polnischen Republik, Narutowicz, gestern niederstreckten, erhellen blitzartig die gewitterschwüle innerpolitische Situation Polens. Narutowicz war erst in diesen Tagen von den Parteien der bäuerlichen Mitte und der nationalen Minderheiten gegen den Rechtsblock gewählt worden. Als ein Anhänger und Parteigänger des früheren Präsidenten Pilsudski hatte er von vornherein mit der schärfsten Opposition der Rechten zu rechnen, die sich nicht scheute, sofort nach seiner Wahl die Straße gegen ihn mobil zu machen. Merkwürdigerweise versagte bei diesen putschistischen Straßenkundgebungen der Warschauer Polizeichef, der deswegen denn auch in den Anklagezustand versetzt wurde. Als dann die Sozialdemokratie die Arbeiter zu einem 24stündigen Generalstreik aufrief, um dem Terror der Rechtsparteien ein Paroli zu bieten, wurden in einem Aufruf des Rechtsblocks die Manifestationen jäh abgebrochen, noch ehe sie einen gefährlichen Charakter annehmen konnten. Nun hat ein Einzelner sich selbst zum Vollstrecker jener terroristischen Politik des Rechtsblockes aufgeworfen und den Präsidenten ermordet. Die ganze gesittete Welt wendet sich voll Abscheu von dieser Bluttat ab. Wir wollen aber hoffen, daß der Mord die überhitzte politische Atmosphäre klären und dem polnischen Volke die Augen darüber öffnen wird, welche ungeheuren Gefahren in jener Verhetzung liegen, die, um die nationalistischen Instinkte immer von neuem anzufachen, alle diejenigen Politiker verfemt, die auch nur die geringsten Berührungspunkte mit den nationalen Minderheiten, vor allem mit den Deutschen und den Juden, zu haben scheinen. Deutschland und Polen verhandeln gegenwärtig über die Herstellung normaler handelspolitischer Verhältnisse. Wir wünschen, daß die ohnehin schwierigen Verhandlungen durch den furchtbaren Warschauer Gewaltakt nicht gestört werden möchten."

Französische und italienische Pressestimmen.

Die gesamte französische Presse drückt ihr Bedauern über den am Präsidenten der polnischen Republik verübten Mord aus.

„Le Journal" schreibt: „Präsident Narutowicz war ein Mann von sehr ausgeglichenem Charakter, dessen bewunderungswürdige Unparteilichkeit dazu geführt hätte, daß die durchgemachten Krisen vergessen worden wären, wenn nicht der Tod auf eine tragische Weise sein Leben, das für Polen so nützlich war, beendet hätte."

„Petit Journal" stellt fest, daß Präsident Narutowicz ein guter Europäer von weitgehender liberaler Denkungsart war. Deshalb sei es nicht zu verwundern, daß die öffentliche Meinung in Warschau den verübten Mord mit der lebhaftesten Entrüstung aufgenommen hat. Das Verbrechen sei schrecklich und unsinnig.

„Journal des Débats" sieht die Ermordung des Präsidenten Narutowicz als eine Wahnsinnstat und nicht als einen politischen Akt an und drückt die Gewißheit aus, daß nach kurzer Zeit Beruhigung eintreten wird.

Die italienische Presse bespricht die Ermordnung des Präsidenten der Republik Polen mit Entrüstung und hebt die besonderen persönlichen Vorzüge des Erschossenen und seinen Patriotismus hervor. Viele Blätter geben am Schlusse ihrem tiefen Mitgefühl für Polen Ausdruck und gedenken der lebhaften Sympathie und Freundschaft zwischen Italien und dem polnischen Volk.

Wojewodschaft Schlesien.

Das oberschlesische Valutaproblem.

Der Kattowitzer Sonderberichterstatter der „Dtsch. Allg. Ztg." schreibt seinem Blatte: Durch die Presse gingen letzter Tage Meldungen, die besagten, Polen habe von seinem ihm im Genfer Abkommen zugesicherten Recht Gebrauch gemacht und die deutsche Valuta in Oberschlesien aufgekündigt. In dieser Form ist die Nachricht unzutreffend; es bestätigt sich aber, daß die Valutakommission des Sejm in der Tat einen Antrag an die polnische Regierung gestellt hat, diese möge die deutsche Valuta zu nächstmöglichster Frist aufkündigen.

Die Gründe? In der Hauptsache wohl Gefühlsmomente. Ein Beispiel: In der Besprechung dieser Frage stand, nachdem maßgebende Wirtschaftsführer eindringlich vor einem baldigen Valutawechsel gewarnt hatten, ein kongreßpolnischer Industrieller auf und erklärte, auf die Gefahren eines Valutawechsels für die kongreßpolnische Industrie infolge der dann eintretenden Überlegenheit der ostoberschlesischen Industrie aufmerksam gemacht: „Und wenn meine sämtlichen Werke zugrunde gehen . . . Ostoberschlesien muß polnische Währung haben!" Gegen Fanatismus versagen Vernunftsgründe.

Gegen einen Valutawechsel ist ausnahmslos die ostoberschlesische Montanindustrie. Für Einführung der polnischen Währung setzt sich fast geschlossen ein das kongreßpolnische und ostoberschlesische Staatsbeamtentum, das durch Einführung der Polenmark finanzielle Vergünstigungen erwartet, und das die deutsche Währung auch aus nationalpolnischen Gefühlsmomenten als eine Art deutscher Propaganda betrachtet. Für einen Valutawechsel sind ferner gewisse Arbeiter- und Angestelltenkreise, die dann die gleichen (höheren) Löhne erhalten zu können hoffen, die z. B. im Dombrowaer Gebiet gezahlt werden.

Als politischer Faktor von Bedeutung steht hinter dem Valutawechselantrag der Korfanty-Block, der rein nationalistisch-antideutsch eingestellt ist. Auch den Fanatikern dieser Parteien gegenüber sind alle wirtschaftlichen Vernunftsgründe zwecklos. Auf die unbedingt eintretenden Folgen einer unzeitgemäßen Valutaänderung aufmerksam gemacht: Absatzstockung in der ostoberschlesischen Montan-Exportindustrie — daraus folgernd Arbeiterentlassungen, mithin Arbeitslosenelend mit in solchen Fällen als wahrscheinlich vorauszusehenden Tumulten —, die lakonische Antwort: „. . . dann werden wir Arbeitslosenunterstützung zahlen."

Die Gegengründe, die die oberschlesische Industrie und die jeder wirtschaftlich Denkende gegen den beabsichtigten Valutawechsel ins Feld führt, sind zu einleuchtend, zu unzweideutig beweiskräftig, um durch polternden Chauvinismus erledigt werden zu können. Ein Zahlenbeispiel, das die oberschlesischen Industriellen veranlaßt hat, in einer von dem Volkswirtschaftler Prof. Fuckner-Kattowitz ausgearbeiteten Denkschrift ihrerseits maßgebendes Mitbestimmungsrecht in der Währungsfrage zu fordern. Die ostoberschlesische Montanindustrie beschäftigt 208 579 Arbeiter und 8550 Beamte, zusammen also 217 129 Personen; rechnet man auf einen Familienvater im Durchschnitt 3,5 Familienangehörige — eine für oberschlesische Verhältnisse gering angenommene Zahl —, so ergibt sich von der von der Montanindustrie lebenden Personenzahl das folgende Bild: Familienhäupter 128 000, Angehörige 448 000, ledige Arbeiter und Beamte 89 000, insgesamt 665 000.

Die Gesamtbevölkerung des an Polen abgetretenen Teilgebiets beträgt etwa 990000 bis 1010000 Köpfe. Die ostoberschlesische Montanindustrie ernährt also über 60 bis 65 v. H. der Bevölkerung; in diesem Prozentsatz sind die von der Montanindustrie gespeisten Berufe noch nicht einbegriffen. Diesen für Ostoberschlesiens Wirtschaftsleben entscheidenden Wirtschaftsfaktor aus rein gefühlsmäßig-nationalistischen Momenten negieren wollen, hieße volkswirtschaftlich: Frevel treiben und auf Zusammenbruch hinarbeiten, sozial: ein arbeitsames Volk aus unvernünftigen Prestigegründen zu schädigen.

Soweit das deutsche Blatt. Wessen der polnische Chauvinismus fähig ist und zu welchen Wahnsinnszuständen er führt, das hat die jüngste Schreckenstat in Warschau bewiesen. Nur sollte man erwarten, daß die Leute der Wirtschaft mehr seelische Widerstandskraft gegen solche Einflüsse zeigen als ein Künstler, der, wie Niewiadomski, sich abnorm leicht erregbar zeigte.

Doppelbesteuerung im oberschlesischen Hüttenrevier.

In letzter Zeit mehren sich die Klagen im oberschlesischen Industriebezirk darüber, daß die Unternehmungen sowohl in Deutschland als auch in Polen zur Besteuerung herangezogen werden. Da viele Unternehmungen im deutschen und im polnischen Teile ihre Geschäftsstellen haben und selbst die großen Werke, die schon juristisch eine Teilung vorgenommen haben, rein verwaltungstechnisch ihre Betriebe meist gemeinsam auf deutschem Boden verwalten lassen, läßt sich eine Trennung schwer durchführen, so daß kaum zu entscheiden ist, in welchem Teile die eigentliche Besteuerung stattfinden müßte. Um diesem Mißstande abzuhelfen, hat der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Gleiwitz im Oktober und November je eine Eingabe an die deutsche Reichsregierung gemacht. Man hat den Abschluß eines Staatsvertrages mit Polen, der die Doppelbesteuerung regeln soll, und wie er ähnlich schon mit der Tschechoslowakei besteht, vorgeschlagen und auch grundlegende Anregungen für die Basis dieses Vertrages gegeben. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß dieser Plan nunmehr zur Ausführung gelangt, damit die wirtschaftlichen Fäden, die noch nach Polnisch-Oberschlesien hinüberspielen, nicht durch die Errichtung solcher Schwierigkeiten zerrissen werden.

Die Lage des polnischen Stickstoffwerkes Chorzow.

Das deutsche Kalkstickstoffwerk in Chorzow (O.-Schl.), das eine Kapazität von 150 000 Tonnen Gesamtmenge hat und auf schlesischem Steinkohlenstrom steht, ist alsbald von der polnischen Regierung mit Beschlag belegt worden. Jetzt aber hat sich nach der Meldung des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" in Berlin ein mit ausdrücklichen Vollmachten des polnischen Staates ausgestatteter Vertreter aufgehalten und wegen Bildung einer Pachtgesellschaft mit deutschem Gelde für die Weiterführung von Chorzow Verhandlungen geführt, und zwar an mehreren Stellen: mit landwirtschaftlichen Organisationen, Elektrizitätsfirmen, im Stickstoffsyndikat und auch mit Hamburger Stickstofferporteuren. Ob seinen Bemühungen ein Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Es ist doch nicht so leicht, ohne Deutschlnd auszukommen.

Polen und Rußland.

Eine Erklärung des Kadettenführers Miljukow.

Die „Rzeczpospolita" bringt ein Pariser Telegramm folgenden Inhalts: Kürzlich fand sich im „Temps" ein Danziger Brief, in dem eine russische Persönlichkeit, die der ehemaligen russischen Kadettenpartei angehörte und gegenwärtig in Danzig weilt, sich über eine Gesinnungsänderung innerhalb der russischen Emigranten von der Richtung der Kadetten ausspricht. Die ungenannte russische Persönlichkeit in Danzig ist zu der Überzeugung gelangt, daß Polen in Osteuropa eine wichtige Rolle spielt und daß der Standpunkt Rußlands ihm gegenüber, sowie auch sein Verhältnis zu Deutschland und Frankreich geändert werden müsse. Rußland müsse sich mit dem Rigaer Traktat versöhnen, auch für den Fall, daß dort wieder eine bürgerliche Regierung eingerichtet wird. Rußland müsse ein französisch-polnisch-russisches Bündnis schließen und ein Ende machen mit der germanophilen Politik.

Zwei Tage nach dem Erscheinen dieses Aufsatzes brachte der „Temps" eine Antwort Miljukows, des Außenministers unter Kerenski und gegenwärtigen Hauptes der Kadettenpartei. Er protestiert heftig gegen die Äußerungen des Danziger Russen und meint, derjenige sei ein schlechter Russe, der sich mit dem Rigaer Traktat versöhnen wolle. Er selbst sei als Außenminister der erste gewesen, der für die Unabhängigkeit Polens eintrat. Gegenwärtig aber hält er Polen für eine Gefahr für Osteuropa und prophezeit nichts Gutes für die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Rußland. Das polnische Regierungssystem, so gibt die „Rzeczpospolita" Miljukows Worte wieder, wurzelt mit seinem Geiste im Mittelalter, da es rücksichtslos gegen die russische Sprache und die russischen Schulen in seinen Ostprovinzen vorgeht. In den Ostgebieten, die Polen zugefallen sind, wird eine stark russenfeindliche Politik getrieben. Unter diesen Umständen kann keine Rede sein von einer geistigen Annäherung zwischen Rußland und Polen. Miljukow teilt nicht die Ansicht, daß ein französisch-polnisch-russisches Bündnis geschlossen werden müsse. Eine Teilnahme Polens an einem etwaigen russisch-französischen Bündnis sei für Rußland nicht zu ertragen. Polen wird immer Gegenstand und Vorwand von Streitigkeiten in Europa sein. Die polnische Politik habe die Russen sehr enttäuscht. Die Befürchtung des Danziger Berichterstatters, daß Rußland durch Deutschland beherrscht werden könnte, bezeichnet Miljukow als

---

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Mord ist hier kein Kapitalverbrechen, sondern ein beliebter Sport. Hier gibt's nur eine Sache, auf die der Tod steht und zwar der Tod in Gestalt von Frikassee: das ist der Einbruch in ein Frauengemach." Ein dumpf gurgelnder Laut quoll aus dem Dunkel, der fast in ein Geheul übergehen zu wollen schien.

„Na, tun Sie mal nicht so," kam die freundliche Mahnung. „Sie haben doch sicher nichts derartiges auf dem Kerbholz."

„O doch . . ."

„Doch?! Mmm, lieber Herr . . .!"

„O Gott . . ." Und wie unter einer plötzlichen hellen Erleuchtung rief Herr Theobald Kronenstein auf einmal jauchzend: „Aber der Gesandte, der Gesandte — der Vertreter unserer Macht . . ."

„Unser Gesandter, meinen Sie? Mm, der ist hier nicht zuständig. Eine Reichskommission arbeitet schon siebzehn Jahre an der Abgrenzung der Zuständigkeitsbezirke. Sie ist aber bald fertig, denn es handelt sich nur noch um einen strittigen Streifen von einem Viertelmeter, der mitten durch dieses Ziel geht. Ausgerechnet. Daran könnten Sie sehen, mit welchen Leuten Sie es zu tun haben. Ihr Kopf mit dem Pfannkuchen ist also nach Timbuktu zuständig. Ihre Füße nach Kassambara und Ihr Bauch bleibt vorläufig neutral." Kronenstein überhörte die letzte schnoddrige Bemerkung.

„Sie haben wohl noch Gesellschaft?" meinte der Kawaß plötzlich.

„Ein Franzose," warf Kronenstein leicht hin, „er versteht kein Wort deutsch."

„Schade," meinte der Kawaß, „und was hat diesen Herrn hierhergebracht.

„Ich weiß es nicht," log Theobald Kronenstein frank und frei.

„Meinetwegen. Geht mich auch nichts an. Eins will ich Ihnen noch sagen, Herr: Verduften Sie möglichst bald," sagte der Kawaß trocken.

„Das tue ich, das tue ich. Aber . . ."

„Allerdings, zwei, drei Tage werden vielleicht noch darüber hinziehen, und diese Zeit werden Sie hier in stiller Zurückgezogenheit verbringen." Der Walzwerksbesitzer suchte wie gestochen aufzufahren.

„Aber Herr — Herr Kawaß! Hier in diesem Loch?!"

„Lieber Herr," meinte der Kawaß belehrend, „seien Sie froh daß Sie das blanke Leben haben. Und außerdem habe ich noch eine Bedingung zu stellen: Sie erzählen nicht, wo Sie gewesen sind!"

„Wo werde ich!" Nie hatte Herr Kronenstein eine wahrere Versicherung gegeben, wenn es auch nur ein Bruchstück war.

„Das glaube ich schon, daß Sie nichts von der Zauberei mit dem Pfannkuchen erzählen werden; er hat ja auch seinen Zweck so erfüllt. Aber das können Sie meinetwegen am heimatlichen Stammtisch erzählen. Im übrigen aber: Sie sollen niemandem — hören Sie: niemandem! — eine Schilderung von Land und Volk, wie Sie es hier getroffen haben, geben, auch keine Andeutungen machen — hören Sie! Und unbedingt haben Sie dafür zu sorgen, daß niemand Ihrer Reisegesellschaft das Gebot verletzt." Ein tiefes Schweigen folgte diesen Worten. Dann meinte Herr Kronenstein kleinlaut: „Aber meine Frau . ."

„Ihre Frau geht mich nichts an, glücklicherweise. Sie sind mir verantwortlich."

„Ich kann's ihr nicht befehlen, das geht nicht. Herr — Herr Kawaß, schmiß Kronenstein heroisch hin.

„Schön. Dann werde ich Ihrer Gattin meine Vermutung über die Herkunft des Gipsverbandes in Ihrem Bart mitteilen." Wie das entsetzte „Hugh" einer erstaunten Rothaut quoll es vom Boden auf.

„Töten Sie mich lieber gleich..."

„Also, Sie versprechen?"

„Ja, ja, ja!"

„Gut. Aber noch eins: Denken Sie nicht etwa, wenn Sie da in Ihrem Posemuckel oder Kyritz an der Knatter sitzen, daß Sie eines Tages, wenn längst Gras über die Sache gewachsen ist, aufschneiden könnten von dem Kawassen des Gesandten von Timbuktu und was es für ein Rindvieh gewesen ist, Sie wieder auf die Menschheit loszulassen. Verstehen Sie: Dicketun mit geographischen und anthropologischen Daten. Sie würden das bitter am eigenen Leibe zu bereuen haben, Herr, auch wenn Sie tausend Meilen von hier fort sind."

„Ich verspreche alles, ja, ach ja."

„Gut. Das genügt uns. Und jetzt muß ich zu Monsieur." Der Kawaß wandte sich rasch dem anderen Opfer zu, das erst glücklich überrascht, dann neidvoll und verständnislos dem Gespräch zugehört hatte, weil es in dem Besucher den biederen hinterpommerschen Diener vermutete. Die Laute der eigenen Muttersprache erschienen daher Monsieur, wie sie so urplötzlich erklangen, als wahre Engelsmusik in dieser Nacht der Trübsal. Er wollte sofort losschnattern, aber ein paar saftige Grobheiten im Brustton tiefster Ueberzeugung schnitten ihm sofort den Faden ab und ließen ihn kleinlaut werden, zumal die Anrede im reinsten Französisch gegeben war. Wo kam dieses Wunder in finsterer Nacht her? Der Kawaß zog hier denselben Strang, aber er konnte es sich nicht versagen, obendrein auch noch ein paar dicke Blasen gallischer Aufgeblasenheit und Scheinkultur aufzustechen, die dem pyramidennasigen Pariser doppelt sauer wurden. Bei Monsieur kam das Temperament eher durch aber es erhielt auch gleich seinen Dämpfer.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Heinrich Vogeler, der Worpsweder Maler, vollendete am 12. Dezember sein 50. Lebensjahr. Der Künstler, der aus Bremen stammt und an der Düsseldorfer Akademie bei Janssen und Kampf seine Ausbildung erhielt, zog 1894 nach Worpswede hinaus und wurde damit der Begründer der Künstlerkolonie in dem schön gelegenen Malerdorfe. Nach der Revolution wurde der Name des Künstlers viel genannt, da er sich zum Kommunismus bekannte, wobei er freilich jede Anwendung von Gewalt verdammte.

eine sehr ungeschickte Drohung. — Die scharfen Worte des russischen Kadettenführers sollten den polnischen Chauvinisten zu denken geben. Wenn einmal das Sowjetsystem in Rußland gestürzt werden sollte und die bürgerlichen Emigranten heimkehren, um eine neue Regierung zu bilden, dann wird sicherlich Miljukow in dieser Regierung eine leitende Stellung einnehmen. Die polnischen Nationalisten aber haben durch ihre Unterdrückungspolitik schon von vornherein die nationalen Gefühle der Russen beleidigt, die doch ebenso berechtigt sind, wie die der Polen, und können dann nicht auf eine freundliche Haltung der russischen Regierung rechnen. Das sind die Früchte der unverantwortlichen Hetzpolitik der Hyäne, von der sich leider auch die von ihrer Agitation eingeschüchterten sog. „Linksregierungen“ in Polen bisher beeinflussen ließen.

Lloyd Georges Angriff auf die französische Politik.

Wie schon am vorigen Sonntag, so bringt die Weltpresse, in Deutschland nur die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, wieder einen Aufsatz Lloyd Georges, überschrieben: Eine Antwort an Herrn Poincaré. Lloyd George hatte in seinem ersten Artikel festgestellt, daß es in Frankreich eine starke Partei gäbe, die im Rhein die natürliche Grenze dieses Landes sehe. Demgegenüber hatte Poincaré behauptet, daß es eine solche Partei überhaupt nicht gäbe und niemand in Frankreich etwas von ihr wisse. Lloyd George erklärt, daß er bei seiner Behauptung bleibe, und bringt für sie die Beweise. Es habe tatsächlich eine starke Partei gegeben, die den Rhein für die einzige natürliche Grenze Frankreichs erachtete, und diese Partei habe noch immer Anhänger. Diese starke Partei habe einen starken Führer gehabt: Marschall Foch. Dieser habe als siegreicher Feldherr eine außerordentliche Stellung im Ansehen der Nation besessen. Außerdem sei er ein wirkungsvoller Redner gewesen. Er habe sehr viel über die Rheingrenze geredet. Lloyd George führt ein Interview mit Marschall Foch an, das am 19. April 1919 in den „Times“ erschien, in dem Foch forderte, daß Frankreich, nachdem es den Rhein erreicht habe, dort bleiben müsse. Marschall Foch setzte seine Auffassung noch eingehender in einem amtlichen Memorandum auseinander, das er als Höchstkommandierender der alliierten Armeen Clemenceau unterbreitete, und wiederholte die Forderung in einem späteren Memorandum. In die friedliche Arena der Friedenskonferenz im Mai 1919 sei Foch immer stürmisch eingebrochen, immer mit diesem Plan beschäftigt. Sein politischer Einfluß sei so groß gewesen, daß er noch 1920 den stärksten Staatsmann Frankreichs zu Fall brachte, einen Monat nachdem er mit gewaltiger Mehrheit im Parlament aus den Wahlen hervorgegangen war. Ohne Marschall Fochs Eingreifen wäre Clemenceau heute Präsident der französischen Republik. Der Zorn des Marschalls war um so heftiger gegen Clemenceau entbrannt, weil dieser unter dem Druck Englands und Amerikas die vereinbarte Rheinpolitik aufgegeben hatte. Männer von solch verschiedener Art und Leistung, wie Franklin Bouillon und Tardieu, unterstützen die Forderungen, daß das Rheinland von Deutschland abgeschnitten werden sollte. Später beim Empfang anläßlich der Wahl des Marschalls Foch zum Mitglied der Akademie wandte sich Poincaré in seiner Rede einen Augenblick direkt an Foch und sagte mit Bezug auf dessen wohlbekannte Stellungnahme zum Friedensvertrage: „Ach, Herr Marschall, wäre man nur Ihrem Rat gefolgt!“ Lloyd George fragt nochmals, ob Poincaré jetzt von einer so emphatisch verkündeten Auffassung zurückgetreten sei. Zum Schluß weist Lloyd George noch den Einwand zurück, daß Frankreich die linksrheinischen Provinzen nicht habe annektieren, sondern zu einer unabhängigen Republik machen wollen. Diese Unabhängigkeit wäre keine gewesen, denn alle deutschen Beamten sollten entfernt und die Provinzen durch besondere Maßregeln vom Wirtschaftsleben Deutschlands losgelöst werden. Die Rheingrenze sollte durch französische Truppen besetzt und die jungen Rheinländer in die französische und belgische Armee gesteckt werden, damit sie gegen ihre eigenen Landsleute auf der anderen Seite des Rheins kämpften. Die bloße Tatsache, daß in Frankreich mächtige Einflüsse sich noch immer für diese Forderungen einsetzten und jede Enttäuschung dazu benutzten, auf dieses Ziel hinzuwirken, zeige, wie unermüdlich alle Völker, denen die Wohlfahrt der Menschheit am Herzen liege, auf der Hut sein müssen. Zum Schluß erklärt Lloyd George, daß es eine Sinnlosigkeit sei, ihn zu einem Feinde Frankreichs zu stempeln, weil er die internationale Politik seiner derzeit Regierenden mißbillige. Während seiner gesamten öffentlichen Laufbahn sei er stets für das Zusammenwirken der französischen und britischen Demokratie eingetreten. Er habe diese Richtung schon vertreten, als es in England Mode war, dem deutschen Imperialismus zu schmeicheln. Er könne aber nicht so weit gehen, eine Politik zu billigen, die den Weltfrieden gefährdet.

Poincarés Verteidigungsrede in der Kammer.

In seiner Verteidigungsrede äußerte Poincaré u. a. folgendes:

Das gesamte deutsche Nationalvermögen könne beschlagnahmt werden; der englische und der französische Text des Vertrages von Versailles wichen nach dieser Richtung leicht von einander ab; aber nach dem Völkerrecht und nach dem Zivilrecht sei das Vermögen des Schuldners immer ein Pfand für den Gläubiger.

Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt und werde ihn niemals haben, militärische Expeditionen mit militärischem Charakter durchzuführen. Es wollte auch Deutschland keine „Straffanktionen“ auferlegen, aber es wolle in dem Maße bezahlt sein, in dem es möglich sei. Man denke nur daran, im gemeinsamen Interesse der Alliierten den deutschen Reichtum zu konservieren. (!)

Poincaré unterstreicht das große Interesse, das ein gemeinsames Vorgehen zwischen ihm und Bonar Law mit Mussolini und Theunis gezeitigt habe, als man die unannehmbaren Vorschläge zurückwies, die versucht hätten, die skandalösen Profite der deutschen Großindustrie zu konsolidieren. Es seit etwas Wesentliches, daß Deutschland zugestanden habe, daß seine Staatsangehörigen größere Kapitalien ins Ausland übergeführt hätten.

Nach Reden des Royalisten Daudet und Tardieus, die Angriffe enthielten, erwiderte Poincaré nur kurz etwa folgendes: Man wünsche in der Kammer und im Lande neue Methoden; er müsse darauf bestehen, daß die Debatte beendet werde. Die Frage sei nunmehr klargestellt. Wenn die Kammer die Methoden ändern wollte, müsse sie auch die Regierung ändern.

In der Nachtsitzung erhält das Wort der Abg. Forgeot, der erklärt, die Vertagung der Londoner Konferenz auf den 2. Januar habe das Reparationsproblem zur ersten Sorge des Landes gemacht. Das Versagen Deutschlands, das doch reich und stark (!) geworden sei, sei die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs. Der Abgeordnete versucht, durch Zahlenmaterial zu beweisen, daß Deutschland seine Zahlungsfähigkeit, die offenkundig sei, verringere, um eine Herabsetzung seiner Kriegsschulden zu erzielen.

Wie man sieht, wollen also die Gegner Poincarés ihn noch überbieten, obgleich man dies kaum für möglich halten sollte. Nach der Sitzung fand die Abstimmung über das Vertrauensvotum statt, deren Ergebnis wir gestern meldeten.

Die groben „Irrtümer“ in dieser Rede.

Zu dieser Rede Poincarés erfährt das Wolffsche Telegraphenbureau von berufener Seite:

Es ist ein Irrtum, wenn Poincaré annimmt, daß für die Reparationsverpflichtungen das deutsche Nationalvermögen haftet. Richtig ist nur, daß der Artikel 248 des Versailler Vertrages die einzige Bestimmung, die hier in Betracht kommt, und zwar sowohl in ihrem englischen wie in ihrem französischen Wortlaut, Deutschland verpflichtet, das Vermögen des Reiches und der Länder, also nur das Staats- und nicht das Privatvermögen, zur Abdeckung der Reparationszahlungen zu verwenden. Der Artikel 248 gibt aber auch, soweit das Staatsvermögen in Betracht kommt, den Alliierten nicht das Recht zu einer Beschlagnahme, also zu einem unmittelbaren Zugriff, sei es in der Form der Errichtung einer Zollgrenze, sei es in der Form irgendeiner Kontrolle der Produktion gewisser Gebiete. Wenn ferner der französische Ministerpräsident es als einen Satz des Zivil- und Völkerrechts hinstellt, daß das Vermögen des Schuldners ein Pfand für die Gläubiger sei, so ist ein ebenso gültiger Satz der Grundsatz der Sicherstellung der eigenen Lebensnotwendigkeiten. Dies hat der Vertrag von Versailles überdies ausdrücklich anerkannt, indem er den notwendigen Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes den Vorrang vor den finanziellen Leistungspflichten gegenüber der Entente gibt. Wieweit sich die unmittelbare Verfolgung von Reparationsansprüchen durch die französische Regierung mit den Machtbefugnissen der Reparationskommission in Einklang bringen läßt, ist bei früheren Anlässen bereits hinreichend erörtert worden. Bedauerlich wäre es, wenn die einsetzende Entwicklung verständnisvoller Zusammenarbeit beider Teile durch das gewaltsame Eingreifen eines Reparationsgläubigers eine Unterbrechung erleiden würde.

Was die Behauptung betrifft, daß Frankreich bis Ende dieses Jahres bereits 100 Milliarden Franks zu Lasten Deutschlands vorgeschossen habe, so sei nur auf die Ausführungen des Herrn Loucheur in der französischen Kammer am 7. November d. Js. hingewiesen, in welchen er es als einen Irrtum bezeichnet, daß bereits 90 Milliarden für die verwüsteten Gebiete ausgegeben wären; der bis zum 30. Juni d. Js. verausgabte Betrag bezifferte sich vielmehr auf 45 Milliarden Franks. Wozu im übrigen zu bemerken ist, daß diese Milliarden in der Hauptsache für Pensionen verwandt und damit dem eigentlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entzogen worden sind.

Der französische Ministerpräsident scheint auch von skandalösen Profiten der deutschen Großindustrie gesprochen zu haben. Man braucht diese Profite nur auf die Goldbasis zurückzuführen und sie in Relation zum investierten Kapital setzen, um zu erkennen, wie minimal in Wirklichkeit die Erträge sind. Soweit Wolffs Telegraphenbureau.

Man sollte es nicht glauben, daß der Präsident der französischen Republik in der gegenwärtigen Hauptfrage Europas eine derartige Unkenntnis der allerwichtigsten juristischen und wirtschaftlichen Tatsachen zeigen kann. Poincaré scheint sich mehr als schlechter Advokat zu fühlen, der mit Kniffen und Ränken sein Ziel zu erreichen sucht, denn als Staatsmann und hauptsächlicher Mitbestimmer der Schicksale Europas. Mögen nun seine „Irrtümer“ fahrlässig sein oder, was wahrscheinlicher ist, es sich um absichtliche Verdrehungen der Wahrheit handeln, jedenfalls ist ein solcher Mann unfähig und unwürdig, an der Spitze eines großen Volkes zu stehen. Es wirft ein bedenkliches Licht auf die ganze französische Kammer, daß sie einem solchen Gaukler wieder ein Vertrauensvotum erteilt hat. Wenn die Erkenntnis der Wahrheit beim französischen Volke durchdringen wird, dann werden solche Leute wie Poincaré für immer erledigt sein. Aber wann findet sich ein Franzose, der den Mut hat, seinem Volke die Wahrheit zu sagen?

Italienische Kritik an der französischen Reparationspolitik.

Die römischen Blätter geben die Rede Poincarés in der Kammer mit Bemerkungen wieder, die dem Standpunkte der französischen Regierung nichts weniger als günstig sind. „Epoca“ und „Messagero“ schreiben: Wenn es wahr sei, daß Frankreich bereits 100 Milliarden für die zerstörten Provinzen ausgegeben habe, so sei die Frage berechtigt, wie eigentlich diese Milliarden verwertet wurden. Ueber diese Fragen geben aber nicht Andeutungen, sondern sachliche, statistische belegte Angaben französischer Abgeordneter aus den nördlichen Departements reichlichen Aufschluß. Es sei wohl nicht angängig, für eine Verwirtschaftung einer so ungeheueren Summe durch politische Nebenschiebungen Deutschland verantwortlich zu machen und Deutschlands Wirtschaft zur Tilgung einer solchen Schuld heranzuziehen.

Amerikas Warnung an Frankreich.

„Daily News“ schreibt, es besteht Grund zu der Annahme, daß die Vereinigten Staaten an Frankreich privat, aber deutlich ihre Ansicht über eine etwaige Besetzung des Ruhrgebiets mitgeteilt hätten. Andererseits bestehe kein Grund zu glauben, daß sie sich schon zu einer Anteilnahme an den europäischen Angelegenheiten entschlossen hätten. Was die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz nach Washington betrifft, so sei es ganz sicher, daß die amerikanische Regierung einen solchen Schritt nicht unternehmen würde, ohne die hauptsächlichsten europäischen Regierungen darüber vorher zu sondieren. Das sei aber bisher wenigstens in London nicht geschehen.

Die Sicherheit der Besatzungstruppen.

Die Rheinlandkommission hat den Film über die Skagerrakschlacht und den Film „Fremdenlegionär Kirsch“ beschlagnahmt, weil sie geeignet seien, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen.

Die Orientkonferenz von Lausanne.

Die Stellung der Türkei zum Minderheitenschutz.

Ismet Pascha beantwortetet in Lausanne die Erklärung Lord Curzons Punkt für Punkt. Er sagte:

„Wir haben niemals erklärt, daß wir dem Völkerbund nicht beitreten werden. Wir sind vielmehr dazu bereit, sobald der Friede geschlossen ist. Wir werden dann unsere Ansicht darüber bekanntgeben. Wenn die Türkei sich jedoch in der Frage der Kontrolle des Minderheitenschutzes so sehr empfindlich zeige, wie Lord Curzon meinte, so läge das eben daran, daß bisher die türkische Souveränität stets unter dem Vorwande der Menschlichkeit mit Füßen getreten worden sei. Die Türkei nehme die Grundsätze des Minderheitsschutzes an, aber nicht unter dem Druck der gestrigen Rede Lord Curzons, sondern in Übereinstimmung mit dem nationalen Pakt. Wir wollen weiter für den Frieden arbeiten. Wenn sich aber trotzdem der Bruch vollzieht und wenn man glauben sollte, daß hierfür die Minderheitenfrage ein passender Vorwand wäre, so sind wir sicher, daß die Wahrheit bald bekanntgegeben wird und daß die Stimmen, die sich zugunsten der türkischen Abordnung erheben, in der ganzen Welt ein Echo finden.“

Ismet Pascha faßte zum Schluß den türkischen Standpunkt folgendermaßen zusammen:

1. Die Türkei ist bereit, nach dem Friedensschluß sich dem Völkerbunde anzuschließen.
2. Sie erkennt die Rechte der nichtmohammedanischen Minderheiten auf Grund der von verschiedenen europäischen Staaten erklärten Grundsätze an.
3. Sie wird eine Amnestie erlassen.

Lord Curzon betonte in seiner kurzen Antwort den versöhnlichen Geist, von dem die Worte Ismet Paschas getragen seien.

Die Unterkommission wird ihre Sitzung Freitag vormittag beginnen. Nach einer persönlichen Aussprache zwischen Lord Curzon und Ismet Pascha scheint festzustehen, daß der Lösung der Frage der Minderheiten keine großen Schwierigkeiten im Wege stehen und daß man bald zu einer Einigung kommen wird.

Deutsches Reich.

Der Großhandelsindex für die vorige Woche.

Für die Woche vom 9. bis 15. Dezember betrug die Wochenindexziffer der Industrie- und Handelszeitung 1792,92 Punkte, das heißt die dem Index zugrunde gelegten 44 Waren im Großhandel haben das 1793fache ihres Preisstandes gegenüber Ende 1913 erreicht. Die Kaufkraft der Mark auf inländischen Großhandelsmärkten beträgt mithin ein 1793stel ihres Vorkriegswertes. Am Dollarkursniveau der gleichen Woche gemessen, wies die Reichsmark nur noch den 1923. Teil ihres Außenwertes der Vorkriegszeit auf. Der Dollarmittelkurs in Berlin betrug im Wochendurchschnitt des 8. bis 15. Dezember 8074 Mark, so daß sich gegenüber dem Durchschnittskurs der Vorwoche von 8031,25 Mark für den Dollar eine Abnahme von 2 vom Hundert ergebe. Dieser Devisenverbilligung gegenüber erhöhte sich der Preisspiegel der Großhandelsware im Index der Industrie- und Handelszeitung gemäß um nicht ganz ½ v. H., so daß sich die Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise, wenn auch nur gering, fortgesetzt hat, obwohl die ausländischen Zahlungsmittel eine nicht unerhebliche Verbilligung erfuhren.

** Personalwechsel im Auswärtigen Amt. Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Ernennung des bisherigen politischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amte, Herrn von Haniel, zum preußischen Gesandten in München nunmehr vollzogen. Als sein Nachfolger im Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes wird der bisherige Leiter der Ostabteilung, Freiherr von Maltzahn, ernannt werden. Es steht noch nicht fest, wer die Nachfolgeschaft des Ministerialdirektors von Maltzahn in der Leitung der Ostabteilung, die in ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten bleibt, übernehmen wird.

** Ärzte-Kundgebung über Deutschlands Elend. In der Aula der Berliner Universität vereinigten sich gestern Vertreter der gesamten deutschen Ärzteschaft, der medizinischen Fakultäten und der Behörden des Reiches und der Länder zu einer Kundgebung wegen der Notlage des deutschen Volkes. Nach längeren Ausführungen einiger Ärzte nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es heißt: Der Mehrzahl aller Deutschen sind die notwendigsten Nahrungsmittel nur noch in völlig ungenügender Weise zugänglich. Die Unterernährung, die Wohnungsnot, der Kohlenmangel, die Unmöglichkeit einer genügenden Körperpflege, Sorgen und Entbehrungen aller Art vermindern nicht nur die Leistungsfähigkeit des Volkes, sondern auch seine Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einwirkungen auf das allerbedenklichste. Die Folgen zeigen sich jetzt schon und werden sich bald in erhöhtem Maße besonders bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend bemerkbar machen. Die Tuberkulose greift weiter um sich. Rachitis und Blutarmut breiten sich aus. Skorbut und Hungerödeme sind keine Seltenheiten mehr. Die Seuchengefahr kann nicht schwer genug eingeschätzt werden. Erliegt Deutschland dieser Gefahr, so ist die ganze Kulturwelt bedroht. Wir rufen unsere Kollegen im Auslande, wir rufen die gesamte Kulturwelt auf, sich nicht blenden zu lassen durch die Lebensführung einer dünnen Schicht von Genüßlingen. Das Elend ist schon jetzt weit verbreitet. Kleine Mittel, Wohltätigkeit können eine wesentliche Änderung nicht mehr herbeiführen. Die gesamte verzweifelte Wirtschaftslage bedarf gründlicher Umgestaltung. Wir fordern die Welt auf, uns diese Umgestaltung zu ermöglichen.

Aus aller Welt.

— Der Abbau der österreichischen Teuerung. Die Kosten der Lebenshaltung in Österreich haben sich nach der Feststellung der paritätischen Lohnkommission im Laufe der letzten vier Wochen abermals, und zwar um 8 Prozent verringert. Der negative Index betrug am 4. Oktober 11 Prozent und am 4. November 8 Prozent. Die ersten drei Monate des absteigenden Indexes, nach dem die Bezüge der Staatsbeamten und Arbeiter berechnet waren, bedeuten daher für das österreichische Budget eine Minderausgabe von 57¼ Milliarden Kronen.

Lettland gegen den Minderheitenschutz des Völkerbundes. Der lettländische Gesandte in Rom hat dem Präsidium des Völkerbundes ein Memorandum übersandt, in dem erklärt wird, Lettland könne nicht die vom Völkerbunde vorgesehene Deklaration in Sachen des Minoritätenschutzes unterzeichnen, da einzelne Punkte der Deklaration den Bestimmungen des lettländischen Grundgesetzes widersprächen.

Die Räumung Süd-Irlands. Die völlige Räumung Süd-Irlands durch britische Truppen ist nahezu beendet. Am Sonntag verließ der letzte britische Soldat dieses Gebiet. Die Truppen wurden beim Marsch durch Dublin warm begrüßt.

Unruhen in Indien. In einem Vorort von Allahabad entstanden im Anschluß an einen Streik ernste Unruhen. Die Menge griff die Polizei mit Stichwaffen an und verwundete 17 Polizisten. Durch das Feuer der Polizisten wurde eine Person getötet.

Verspätet!

Joachim

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Jungen [4596

zeigen hocherfreut an

Franz Koch und Frau Ruth, geb. Bitter.

Camin b. Herrnstadt, 12. Dezember 1922.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief am 15. Dezember mein innigstgeliebter Mann, unser bester, treusorgender Vater,

der Kaufmann

Sally Baer

im 69. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Flora Baer, geb. Marcus.

Die Beisetzung findet in Berlin-Weißensee statt.

Am 8. d. Mts. verschied in Berlin im 75. Lebensjahre der frühere Direktor unserer Bank,

Herr Ignatz Goldschmidt.

Der Verstorbene, der unser Institut vom Jahre 1910 bis zum Jahre 1920 leitete, war uns durch seine unermüdliche Arbeitskraft und seine ausserordentliche Gewissenhaftigkeit ein leuchtendes Vorbild. Seinen Angestellten war er ein wohlwollender Berater und väterlicher Freund.

Sein Andenken werden wir in hohen Ehren halten.

Danziger Privat-Aktien-Bank (Filiale Posen).

Ausw. Deutsche d. Gastlamp. verk. w. w. geb. i. z. melden im Pfarrhaus d. Christ-Kirche Spokojna 13. [4601

Zu Geschenkzwecken empfehlen:

Aus d. Ostlande Jahrgang 1917 elegant gebunden.

Ferner:

Jugendland in verschied. Jahrgängen, sowie

Posener Gesangbücher, in verschied. Ausgaben

Pos. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań ul. Zwierzyniecka 6 (Tiergartenstr.)

Die in Nr. 285 des Posener Tageblattes erlassene Verlobungsanzeige

Patte—Nowald [4598

beruht auf Schwindel.

Gegen den erkannten Verüber des Unfugs wird gerichtlich vorgegangen werden.

Passende und praktische Weihnachtsgeschenke wie:

Nähmaschinen, Zentrifugen, Fahrräder,

Mäntel und Schläuche, Gummi-Spielzeug empfiehlt

Maschinenhaus „Warta“, Poznań, ul. Wielka 25. Telephon 3733.

Sämtliche Reparaturen: Lackier- und Vernicklungsarbeiten schnell und billig.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 19. 12: Geschlossen.

Mittwoch, den 20. 12. abends 7½ Uhr: „Die Jüdin“, Oper von Halevy.

Donnerstag, den 21. 12. abends 7½ Uhr: „Konrad Wallenrod“, Oper von Zelenski. (Preisermäßigung 50%).

Die Billets für die ausgefallene Dienstag-Vorstellung (19. 12) sind für die Donnerstag-Vorstellung (21. 12.) gültig. Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski ulica Fredry 1.

Amerika-Reisende

erhalten jede Auskunft durch

C. V. B. „Express“, Schneidemühl,

Agentur für Passagier- u. Reisegepäckversicherung des Nordd. Lloyd, Bremen. [9772



in weltbekannt erstklassiger Ausführung kurzfristig lieferbar durch

4603] **„Brzeskiauto“ T. A., Poznań, ul. Skarbowa 20.**

Blendax

Mit dem Scheuermännchen

Scheuert · Reinigt · Putzt Alles

Blitzblank

Hersteller: Urbin-Werke Chemische Fabrik G. m. b. H. Danzig, am Troyl.

Mittwoch, den 20. 12. 22 abds. 8 Uhr, im Saale des Zoologischen Gartens:

Strindberg-Schnitzler-Abend

1. Vor dem Tode

Trauerspiel in 1 Akt von A. Strindberg.

2. Liebelei

Schauspiel in 3 Akten von A. Schnitzler.

Der Reinertrag wird als Weihnachtsgabe für die Altershilfe verwendet.

Eintrittskarten zu 500, 1000, 1500 und 2000 Mark, sowie Programme zu 150 Mark sind im Zigarrengeschäft von Gumnior św. Marcin 43, Ecke ul. Gwarna zu haben.

Reparaturen

an

Elektromotoren Dynamomaschinen

führen aus

K. Gaertig i Sp., T. z o. p. Poznań,

Oddział Pracowni Elektromechanicznych,

Tel. 3584. ul. Półwiejska 25. Tel. 3584.

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen

PALMA

Kautschuk Absätze und Sohlen

Palma-Kauczuk (Sp. z ogr. odp.)

Skład fabryczny Poznań, Kantaka 1a. Telephon 60-16. [9735

Geodätische Meßinstrumente zu kauf. ges. Angebote m. Preis u. „Teodolit 4591“ a. d. Gschst. d. Bl.

Stellenangebote

Nach Deutschland sucht: Deputatiam. mit Hofgänger, Schäfer, Stellmacher usw. Paul Schneider, Stellenvermittler Poznań, św. Marcin 48. Rückporto erb. (4461

Verband der weibl. Handels- u. Büroangestellten in Großpolen.

Das Büro ist bis 2. Jan. geschlossen. Vom 2. Jan. ab befindet es sich Wały Leszczyńskiego 2 (Tel. 2157). Sprechst.: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag. ½6 bis ½8 Uhr. (4600

Zichorienanbau-Verträge [4369

schließt ab zu vorteilhaften Bedingungen

Landw. Hauptgesellschaft

Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Mit Vertragsformularen und Anleitung für den Anbau der Zichorien stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Saug- und Druckpumpe,

für Kraftbetrieb, 3,5 cbm ständl. Leistung, Deutzer Fabrikat, U-Pumpe, Größe B, neu, sofort zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sauerkraut

in neuen eichenen Fässern von ca. 4 Zentner Inhalt gibt waggonweise ab

Dominium Katowiecko, Kreis Pleschen.

Evang. Volkskalender für 1923

(Diakonissen-Kalender)

mit Märkteverzeichnis

Preis 360 Mark

nach auswärts mit Porto und Verpackung M. 385, unter Nachnahme M. 395,—

ist zu beziehen durch

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstr.)

Gesucht jg. alleiniger **Beamter**

aus gutem Haus für sofort oder später für 1600 Morgen Acker und 1200 Morgen Wald. [4547

Scholz, Witichowo b. Kwilcz.

Suche zum 1. oder 15. Januar 1923

jüngeren Wirtschaftsbeamten

mit praktischen Vorkenntnissen. Angebote an [4597

G. Krüger, Ruda młyn b. Rogoźno.

Wohnungen



Tausche

eine schöne 3 Zimmer-Wohn. mit Zubehör in Berlin S.W. gegen eine 4—5 Zimmer-Wohn. in Poznań. Off. u. 4602 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Steinkohlenteer, Klebemasse Dachpappen

in besten Qualitäten.

K. Günther, Poznań, Towarowa 21. Tel. 2945.

Unverheirateter

Unterbrenner,

der auch mit Flockenfabrikation und elektrischer Anlage gut vertraut sein muß,

für sofort gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschriften, Gehaltsforderungen bei freier Station einzusenden an

4488] Administrator Nickelmann, Herrschaft Oleśnica bei Chodzież.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Januar 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Parzelle oder Baustelle

in Poznań sofort zu kaufen gesucht.

Głuszak, Poznań, Słowackiego 10 (Karlstr.).

4592] Telephon 2411.

Nebenerwerb!

Es werden zum 1. Januar 1923 noch

Zeitungs-Austräger

für einige Stunden nachmittags gegen angemessene Entlohnung gesucht. Für Invaliden und ordentliche Leute, die sich einen Nebenerwerb verschaffen möchten, ist dies eine günstige Gelegenheit. Zu melden in der

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

ul. Zwierzyniecka 6 (Tiergartenstraße).

Herrschaft Gorzno

bei Garzyn, Kreis Lissa,

sucht tüchtigen Ziegelmeister

zum baldigen Antritt. [4584

Suche zum 1. oder 15. 1. 23 für meinen landwirtschaftlichen Haushalt eine

tüchtige evangel. Wirtin.

4574] **Hugo Busse II, Golkowice, Kr. Czarnków.**

Stellengesuche



Praktisch erfahr., langjähr. Beamter sucht ab 1. 4. 23 anderw. mögl. selbst. Stell. als

leitender Beamter

in Posen od. Pommerell. 8 n evgl. poln. Staatsang. 42 J. alt, verh., 1 Kind, beider Landesspr. in Wort u. Schrift mächtig. Jetzige Stelle 4 000 Morg. 8 J. leitend. Intensiv. Betrieb bevorz., jedoch nicht Bedingung. Geff. Off. unter J. 4598 a. d. Gesch.-Stelle d. Bl. erbeten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 19. Dezember.

Die neuen Abonnements- und Ferngesprächgebühren.

Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns, mitzuteilen, daß vom 1. Januar ab auf Grund der Verfügung des Post- und Telegraphenministeriums vom 29. November 1922 die Abonnementsgebühren und vom 16. Dezember d. Js. ab die Gebühren für Ferngespräche wie folgt erhöht werden:

Das Abonnement beträgt in Fernsprechnetzen bis zu 50 Abonnenten 25 000 M., bei 51—100 Abonnenten 40 000 M., bei 101—200 Abonnenten 44 000 M., bei 201—500 Abonnenten 50 000 M., bei 501—1000 Abonnenten 56 000 M., bei 1001—5000 Abonnenten 60 000 M., bei 5001—20 000 Abonnenten 64 000 M.

Die Gebühr für ein 3 Minuten dauerndes Ferngespräch beträgt bei einer Entfernung bis zu 25 Km. 400 M., bis zu 50 Km. 800 M., bis zu 100 Km. 1200 M. und für jede weiteren 100 Km. 600 M. Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben.

Diejenigen Fernsprechabonnenten, denen der erhöhte Tarif nicht genehm ist, können ihre Fernsprechanschlüsse vor dem 1. Januar 1923 kündigen.

Das amtliche Schreiben der Post- und Telegraphendirektion, in dem die vorstehenden Sätze mitgeteilt werden, trägt das Datum des 14. Dezember, zugegangen ist es uns heut, 19. Dezember, mit der ersten Frühpost.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Die Bevölkerung der Stadt Posen hat sich im Laufe des Oktobers um 401 Seelen vermehrt. Am 31. Oktober d. Js. betrug die Einwohnerzahl der großpolnischen Hauptstadt 175 823. Eingewandert sind 2138 Personen, während 1953 Personen unserer Stadt den Rücken kehrten, um hauptsächlich an anderen Orten der Wojewodschaft Posen niederzulassen. Nach dem Auslande wanderten 296 Personen, während die Einwanderung aus dem Auslande 171 Personen betrug. Im ganzen hat Posen durch Ein- und Auswanderung um 185 Personen zugenommen. Die natürliche Zunahme der Bevölkerung weist die Zahl 468 auf. Davon kamen 79 Kinder unehelich zur Welt. Von den ehelichen Kindern waren: 212 Knaben und 177 Mädchen. Totgeburten wurden im Monat Oktober 17 verzeichnet. Von den unehelichen Kindern starben 29 im ersten Lebensjahre. Im ganzen starben 252 Personen, davon 120 männlichen und 132 weiblichen Geschlechts. Im Alter von mehr als 15 Jahren starben 148, unter 15 Jahren 104 Personen. Die höchste Sterblichkeitsziffer weist das Alter bis zu 5 Jahren mit 97 Todesfällen auf. Dann folgen die Jahre nach dem biblischen Alter (70) mit 30 Sterbefällen. Nach der Nationalität starben 230 Polen und 22 Deutsche. Eheschließungen wurden im ganzen 179 verzeichnet. Davon waren 169 rein katholische Ehen, 4 rein evangelische Ehen und 6 Mischehen. 3 evangelische Männer nahmen katholische Frauen und 3 katholische Männer evangelische Frauen. Von der jüdischen Minderheit trat niemand in den Ehestand; weder Mischehen noch rein jüdische Ehen wurden geschlossen. Der Nationalität nach wurden 172 polnische und 4 deutsche Ehen verzeichnet; die übrigen 3 Ehen waren Mischehen. Zwei deutsche Männer nahmen polnische Frauen und ein Pole heiratete eine Deutsche.

Sitzung des Kreisbauernvereins Posen.

Der Deutsche Kreisbauernverein Posen hielt Montag mittag von 12½ Uhr ab im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter der Leitung seines Vorsitzers, Landrats a. D. von Treskow-Owinsk eine gutbesuchte Versammlung ab. Bei der Eröffnung wies der Vorsitzende auf die Ermordung des Staatspräsidenten Narutowicz mit dem Ausdruck des lebhaftesten Bedauerns über die Mordtat hin und drückte die Erwartung aus, daß sie keine weiteren Folgen haben möge, da sonst die wirtschaftlichen Folgen der Tat unberechenbar sein würden; sei doch die polnische Valuta bereits ganz erheblich gefallen. Darauf erfolgte die Aufnahme eines neuen Mitglieds in den Verein. Es folgte eine kurze Aussprache über den Stand der Warschauer Verhandlungen wegen der landwirtschaftlichen Arbeiterverträge, die nach Mitteilungen verschiedener Mitglieder keineswegs dem Abschlusse nahe, sondern noch im Anfangsstadium begriffen seien. Es sei auch unter keinen Umständen zu erwarten, daß sie bis zum 1. Januar 1923 abgeschlossen sein würden.

Den Hauptgegenstand der Sitzung bildete ein Vortrag des Landesökonomierats Dr. Wegener über wirtschaftliche Tagesfragen, in dem der Vortragende in fesselnden Ausführungen auf die Folgen des Krieges hinwies. Die Engländer hätten sich bei diesem Kriege, der kein agrarischer, sondern ein industrieller Krieg war, gründlich verrechnet. Lloyd George, der eigentliche Sieger im Kriege, sei einfach schon hinweggefegt und durch Bonar Law ersetzt worden; aber auch dieser könne ohne Deutschland und Rußland als Absatzgebiete seine Arbeitslosigkeit nicht loswerden. Der französische Frank sei ebenfalls allmählich ins Rollen gekommen und besitze heut nur noch ein Drittel seines früheren Wertes. Infolgedessen beziffert sich Frankreichs Schuld bei Amerika bereits auf 75 Milliarden Franks. Die dritte Enttäuschung erleben oder werden die Arbeiter erleben. In der Erwartung, eine Sozialisierung durchführen zu können, haben sie sich getäuscht. Der ganze Sozialismus ist, abgesehen von Österreich und Deutschland, schon überwunden, und der Führer der Arbeit wird wieder zur Geltung kommen. Was man zerschlagen wollte, das internationale Kapital, beginnt erst jetzt seinen Siegeszug. Mit den fallenden Valuten werden die Staaten bettelarm. Wir werden schließlich die vereinigten Handelsstaaten von Europa bekommen. Der Redner beleuchtete dann die Bedeutung der Internationalisierung der Flüsse, den Minderheitenschutz, den Völkerbund, die Bedeutung der Presse. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei der Bestand der Landwirtschaft auf das schwerste bedroht, wenn sie sich nicht auf sich selbst besinnt und in den Berufsvereinen und Genossenschaften organisiert. Der Vortragende schloß seine mit lebhaftestem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung zu diesem Zusammenschluß der Landwirte. hb.

Eine noch nicht völlig aufgeklärte Bluttat.

Auf einem Felde am Wege zwischen Kluczewo und Samter wurde der 29jährige Arbeiter Valentin Rossa aus Binin, Kreis Samter, erschossen aufgefunden; als Täter wurde der 15jährige Gutsverwalterssohn Severin Liczbański aus Kluczewo in Untersuchungshaft genommen und dem Gerichtsgefängnis in Samter zugeführt. Die von Posener Kriminalbeamten gestern geführten Ermittelungen hatten folgendes Ergebnis:

Rossa, der 1893 in Kleinpolen geboren und zuletzt in Binin wohnhaft, verheiratet, Vater zweier Kinder von 6 Jahren bzw. 12 Wochen und von Beruf Arbeiter war, hatte sich Donnerstag früh nach Posen begeben, um hier Arbeit zu suchen und Weihnachtseinkäufe für sich und seine Familie zu besorgen. Freitag nachmittag gegen 4 Uhr ist er dann von dem jungen Liczbański aus noch völlig ungeklärtem Grunde mit einem Jagdgewehr erschossen worden. Seine Leiche ist entweder von dem Täter oder von anderen Leuten vom Tatorte weg 75 Meter weit ins Feld geschafft und zum großen Teil entkleidet worden; sie lag mit dem Gesicht nach unten, nur mit Beinkleidern, Stiefeln und Hemd bekleidet, auf dem Felde. Es fehlten ein Paar gelbe Schuhe, Socken, Hemden usw., die sich an einer anderen Stelle fanden. Ferner entdeckte die Kriminalpolizei die Weste des Erschossenen mit 150 000 Mark barem Gelde am Wege unter einem Steinhaufen. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich bald auf den jungen Liczbański, der, in die Enge getrieben, ein nur teilweises Geständnis ablegte. Er erklärte, von seinem Vater beauftragt gewesen zu sein, nach auf dem Felde sich umhertreibenden Hunden mit einem Jagdgewehr zu schießen. Das habe er auch Freitag nachmittag getan. In demselben Augenblick sei Rossa vorbeigekommen, habe sich über das Schießen geärgert und ihn mit einem Revolver bedroht. (Die Unglaubwürdigkeit dieser Angabe erhellt schon aus dem Umstande, daß Rossa überhaupt keinen Revolver bei sich führte.) Er, Liczbański, habe sich dann zur Wehr gesetzt und seinen Gegner durch einen Schuß angeschossen. Er will dann sofort seinem Vater von dem Vorgange Mitteilung gemacht haben. Auffälligerweise hat dieser erst drei Tage später, das heißt am Montag früh, die Gendarmerie von dem Vorgange Anzeige erstattet. Aufgeklärt ist die Bluttat durch diese Angaben noch keineswegs.

Die Papiere der Reichsdeutschen und Optanten. Das Deutsche Generalkonsulat teilt mit: „Diejenigen Reichsdeutschen und Optanten, die bereits im Besitz des Heimatscheines oder der Optionsurkunde des Deutschen Generalkonsulats sind, werden ersucht, den Umtausch der in ihren Händen befindlichen gelben Personalausweise in Pässe baldigst bei der deutschen Paßstelle mündlich oder schriftlich zu beantragen. Bei der Einsendung durch die Post sind außer dem gelben Personalausweis, dem Heimatscheine bzw. der deutschen Optionsurkunde noch ein Lichtbild, zwei beglaubigte Unterschriften und 1000 Mk. polnisch Gebühren für jeden Paß beizufügen. — Reichsdeutschen, die noch nicht im Besitz des Heimatscheins sind, wird dringend empfohlen, sich diesen baldigst zu verschaffen."

Schultrauergottesdienste für den Staatspräsidenten. Der Kurator des Posener Schulbezirkes hat angeordnet, daß alle Schulen an den Trauergottesdiensten für die Seele des dahingeschiedenen Präsidenten der polnischen Republik, Gabriel Narutowicz, teilnehmen sollen. An dem betreffenden Tage fällt der Unterricht aus. Der Gottesdienst muß spätestens am Donnerstag, dem 21. d. Mts., stattfinden, je nach den örtlichen Bedingungen.

Börsenschluß in der Weihnachtszeit. Das Sekretariat der Posener Börse bittet uns, mitzuteilen, daß der Börsenrat beschlossen hat wegen der Feiertage die Börse vom 22.—27. Dezember einschl. geschlossen zu halten. Am Mittwoch, 20. Dezember, findet außer der Devisenbörse auch Effektenbörse statt.

Die Deutsche Kunstausstellung im Alten Stadttheater (Räume des Vereins junger Kaufleute) ist morgen, Mittwoch, den 20. d. Mts., zum letzten Male von 11—3 Uhr geöffnet und wird dann endgültig geschlossen.

X **Todesfall.** Am 14. d. Mts. ist in Wollstein der Senior der evangelischen Geistlichkeit unseres Gebietsteils, Superintendent a. D. Lierse nach längerer Krankheit in die Ewigkeit abberufen worden. Andauernde Krankheit hatte ihn im Sommer d. Js. gezwungen, seine ihm lieb gewordenen Ämter als Superintendent der Diözese Wollstein und als erster Geistlicher der Gemeinde Wollstein, die er weit über das patriarchalische Alter hinaus mit unentwegter Treue und Hingebung über ein Menschenalter verwaltet hatte, niederzulegen. Nur wenige Monate hindurch hat er sich des Ruhestandes erfreuen dürfen, ohne eine Befreiung von den körperlichen Leiden gefunden zu haben. Mit dem Entschlafenen ist ein Mann dahingegangen, der sich in dem ihm übertragenen Wirkungskreise als Vorgesetzter seiner Diözesangeistlichkeit, wie als Seelsorger und Kanzelredner in seiner Gemeinde allgemeiner Liebe und Wertschätzung erfreuen durfte. Aber weit über seinen engeren Wirkungskreis hinaus erfreute sich der Heimgegangene großer Verehrung; in der Provinzialsynode war er wegen seines durch lange Lebenserfahrung ausgeglichenen Verständnisses und Rates allgemein beliebt. Sein Andenken wird über das Grab hinaus fortleben.

X **Die Ausstellung der Gewerbepatente.** Das Finanzamt bittet uns, mitzuteilen, daß auf Grund einer neuen Verfügung die Gewerbepatente für das Jahr 1923 nicht von der Finanzkasse, sondern von der Steuerkasse in der ul. Nowa 10 II (fr. Neue Str.) ausgestellt werden. Deklarationsformulare sind im Finanzamt, Abteilung für direkte Steuern, Św. Marcin 41 I (fr. St. Martinstr.), und im Magistrat, ul. Nowa 10 II (fr. Neue Straße), in den einzelnen Bezirken erhältlich.

Eine Theateraufführung zum Besten der Altershilfe veranstaltet, wie schon mitgeteilt wurde, am Mittwoch dieser Woche der deutsche Theaterverein. Diese Vorstellung ist jedoch nicht nur wegen ihres guten Zweckes beachtenswert, sondern auch um ihres ernsten, literarisch wertvollen Programms willen. Der Abend beginnt mit einem einaktigen Trauerspiel von Strindberg („Vor dem Tode") und bringt dann Arthur Schnitzlers dreiaktiges Schauspiel „Liebelei". Der gesamte Reinertrag der Veranstaltung wird als Weihnachtsgabe der Altershilfe übergeben werden. Die Vorstellung findet im Saal des Zoologischen Gartens statt und beginnt pünktlich um acht Uhr. Eintrittskarten sind in der Zigarrenhandlung von Gumnior, Ecke Św. Marcin und ul. Gwarna, zu haben.

Die Erstaufführung von Humperdincks „Hänsel und Gretel" im Großen Theater ist abermals verschoben. Am Donnerstag wird „Konrad Wallenrod" gegeben.

X **Einbruchsdiebstähle.** Nach dem Einschlagen einer Schaufensterscheibe in einem Molkereiwarengeschäft in Św. Marcin 24 (fr. St. Martinstr.) wurde eine große Menge Käse und Margarine im Werte von 33 500 Mk.; in der ul. Mostowa 15 (fr. Posadowskystr.) vom Boden Wäsche im Werte von 160 000 Mk. darunter ein Tischtuch für 12 Personen, Bettlaken, gez. T. T. und A. H., gestohlen.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem 6. Polizeirevier in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) lagern zwei große gelbe Lederfelle und auf dem 9. Polizeirevier in der ul. Maleckiego 20 (fr. Prinzenstr.) 10 Meter weiße Lein-

---

Die heiligen „Zwölften" und ihre Bedeutung im Wetteraberglauben.

Von Professor Dr. R. Hennig.

Die zwölf Nächte zwischen dem 25. Dezember und dem 6. Januar heißen bekanntlich seit uralter Zeit „die heiligen Zwölften". In den einzelnen Gebieten wechselt zwar der Termin dieser „Zwölften" ein wenig, insofern, als man hier und da die zwölf Nächte zwischen dem 21. Dezember und dem 2. Januar mit diesem Beiwort belegt, in Schlesien sogar fälschlich die zwölf Nächte vor Weihnachten; aber der Begriff als solcher ist allenthalben in der germanischen Welt bekannt, und gerade die genannten Abweichungen künden mit besonderer Deutlichkeit das sehr hohe Alter der mit dem Begriff verbundenen mythologischen Vorstellung. Es soll sich nämlich dabei um die zwölf Nächte handeln, die auf den kürzesten Tag des Jahres folgen — insofern entspricht also die seltenere Meinung, daß die Tage vom 21. Dezember bis 2. Januar in Frage kommen, dem heutigen Stande der Dinge besser als die entgegengesetzte, die für die Zeit zwischen Weihnachten und Dreikönigstag eintritt und ungefähr aus der Zeit des vierten und fünften Jahrhunderts stammt, wo der kürzeste Tag des Jahres noch auf den 25. Dezember fiel. Da aber unser Weihnachtsfest an diesem Datum haften geblieben ist und nicht zusammen mit der Wintersonnenwende, deren Verherrlichung es ja ursprünglich darstellte, langsam im Kalenderdatum zurückgewandert ist, so ist es zweifellos richtiger, auch die zwölf Nächte, die unmittelbar auf diesen hohen heidnischen Festtag folgen, als die eigentlichen „Zwölften" auszugeben.

An sich haben die heiligen zwölf Nächte für unsere heutige Weltanschauung ihren Sinn in jeder Hinsicht verloren; nur der Aberglaube, der ja ohnehin eine ganz erstaunlich große Fülle altheidnischer Vorstellungen in einer fast zur Unkenntlichkeit entstellten Form bis auf den heutigen Tag treulich bewahrt hat, schreibt auch den „heiligen Zwölften", der einst heiligsten Zeit des ganzen Jahres, noch besondere und hervorragende zauberische Kräfte zu, insbesondere der Mitte dieser Zeitepoche, der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar, also unserer heutigen Neujahrsnacht, die den Menschen befähigen soll, die Zukunft vorherzuschauen und mit zauberischen Mitteln sich selbst sein kommendes Geschick ausschlaggebend zu beeinflussen. Der noch heute weitverbreitete, in der Großstadt freilich meist nur als scherzhafte Unterhaltung betriebene, einst aber sehr ernsthaft gemeinte und von urteilslosen Personen noch heute ernsthaft gepflegte Brauch, am Silvesterabend Blei zu gießen und manche ähnliche Prozedur vorzunehmen, welche die Begebenheiten des kommenden Jahres prophetisch ankündigen soll, ist ja noch ein absolut deutliches Anzeichen von der Fortwirkung des altgermanischen Glaubens, der dem Mittelpunkt der „Zwölften" auch den Höhepunkt zauberischer Kraft und Heiligkeit zuschrieb.

Der Grund, weshalb gerade die auf den kürzesten Tag folgenden zwölf Nächte in den Ruf besonderer Heiligkeit gekommen sind, beruht einfach darauf, daß in dieser Zeit die Sonne stillzustehen und die Tageslänge sich nicht merklich zu ändern scheint. Die altgermanische Naturreligion, die vom Wetter und ganz besonders von der Sonne in einer außerordentlich weitgehenden Weise beeinflußt worden war, mußte notwendig dieses Vorkommnis als ein höchst beachtenswertes Faktum einschätzen, nach dem auch der Mensch seine Handlungen einzurichten habe. Wenn die Sonnengottheit in dieser Zeit des Jahres von ihrer Arbeit ruhte und Kräfte sammelte zu neuem Wirken, mußte auch der Mensch ihrem Beispiel folgen. Vor allem durfte in dieser Zeit kein Rad sich drehen, denn das Rad ist ja von jeher das Symbol der Sonne; demgemäß war es verboten, in dieser Zeit zu spinnen, denn das Spinnrad mußte feiern; aber auch kein Rad am Wagen durfte sich drehen, und stellenweise wurde in der heiligsten Zeit des Jahres auch jede andere Arbeit als sündhaft gemieden; man durfte nicht dreschen, nicht klöppeln, nicht waschen noch Wäsche trocknen, ja, in Franken mied man es sogar, die Schuhe zu schmieren. Auch alle lauten Geräusche mußten unterbleiben (NB. wenn das auch in der heutigen Großstadt beachtet würde!), kein Tisch durfte gerückt, keine Tür zugeschlagen werden — sonst rächte sich die Wettergottheit im nächsten Jahr durch Blitzschlag ins Haus. — Spuren dieser altheidnischen Vorstellungen haben sich bei der Landbevölkerung noch bis auf die Gegenwart erhalten, und gerade dort, wo christliche Frömmigkeit noch am tiefsten wurzelt, trifft man auch die zahlreichsten Überreste jener abergläubischen Anschauungen, deren Wurzeln auf die altheidnische Zeit und den Wotans-Kult zurückreichen. Einige von diesen alten, sonderbaren heidnischen Sitten haben sich ja, als vollkommen gedankenlos geübte Bräuche, selbst in der Großstadt des zwanzigsten Jahrhunderts hinübergerettet, so das schon erwähnte Bleigießen am Sylvesterabend, ferner das Essen körniger Gegenstände, das Geld ins Haus bringen soll; es ist kein Zufall, daß gerade am Heiligabend, also am Beginn der Zwölften, und am Sylvesterabend, also in der Mitte dieser hochheiligen Zeit, Mohn, Karpfenrogen und ähnliche, heut freilich meist „ausgestorbene", Speisen sich großer Beliebtheit erfreuen!

Von besonderer Wichtigkeit war nun aber das Wetter in der Zeit vom 25. Dezember bis zum 6. Januar. Auch auf die Wettervorgänge übertrug der naive Mensch seine Neigung und sein Bedürfnis, prophetische Blicke in die Zukunft zu tun. So sollte jeder der zwölf Tage ankündigen, welchen Wettercharakter der entsprechende Monat im kommenden Jahr aufweisen werde. Gerade dieser altheidnische Aberglauben hat sich wiederum bis in unsere Tage erhalten, wenn auch das Volk heut vielfach irrig annimmt, die Witterung der ersten zwölf Tage des neuen Jahres, also vom 1. bis 12. Januar, sei maßgebend für die Witterung der zwölf Monate des Jahres. Mit diesem Aberglauben vermischte sich die Vorstellung, daß gerade in den heiligen „Zwölften" Wotan als Wilder Jäger ruhelos durch die Lande ziehe, Wotan, die Personifikation des Wintersturmes, der um die Jahreswende oft genug so verheerend durch die Welt braust, Wotan, der „Wanderer", der seine Züge später einmal dem heiligen Nikolaus lieh und der andererseits als „Knecht Ruprecht" noch heut in nur schwach entstellter Gestalt an den alten Heidenglauben erinnert. Auch das weißgekleidete Christkind, das in vielen Gegenden als Begleiter des durch die Welt „wandernden" Wotan-Ruprecht auftritt, trägt ursprünglich einem heidnisch-germanischen Charakter und stellte Wotans Gattin, die Göttin Fricka, dar, bis die mild umdeutenden Jünger des welterobernden Christentums unmerklich ihre religiösen Lehren den liebgewordenen heidnischen Vorstellungen substituierten und das Sonnenwendfest in das Geburtfest Christi, den Gott Wotan in den heiligen Nikolaus und die Fricka ins Christkindlein sich verwandeln hießen.

Der Glaube, daß die „Zwölften" die eigentliche Zeit des Wilden Jägers und nebenbei von prophetischer Bedeutung für die Witterung des kommenden Jahres seien, hat jedoch, so naiv und willkürlich es zunächst anmutet, eine gewisse bescheidene psychologische und auch meterologische Berechtigung. Zwar der Wintersturm, den der Wilde Jäger personifiziert, stellt sich in der Zeit zwischen dem 25. Dezember und dem 6 Januar wohl nicht viel häufiger ein, als in den anderen Zeiten des Monats Oktober bis März, wenngleich die großen Weihnachtsstürme von 1868, 1894, 1902 sowie die gewaltigen Neujahrs- und Silverstersturmfluten von 1855, 1904, 1913 zur Genüge zeigen, wie gern der Wilde Jäger in dieser Jahreszeit auch heute noch durch die Lüfte dahinbraust; aber in anderer Hinsicht ist die Witterung dieser Jahreszeit doch recht oft bemerkenswert. Denn in sehr vielen Fällen (wenn auch naturgemäß nicht regelmäßig) entscheidet sich um die Jahreswende der Charakter des Winters; die strengen Winter pflegen mit Vorliebe in diesen Tagen ihren Anfang zu nehmen, auch die Neigung zum Schneereichtum stellt sich häufig erst in diesen zwei Wochen heraus, während größere Schneefälle vor Weihnachten in Deutschland nur selten vorkommen, wenigstens in der Ebene. Bringen wiederum die „Zwölften" anhaltend mildes Wetter, so ist die Wahrscheinlichkeit nur gering, daß der spätere Verlauf des Winters noch anhaltende, strenge Kälte bringt, obwohl immerhin Ausnahmen vorkommen, wie ja besonders der Winter 1911—12 bewiesen hat, der bis zum letzten Tage der „Zwölften" unausgesetzt abnorm milde Witterung bescherte und dann am 6. Januar ganz urplötzlich scharfen Frost zu längerer Herrschaft kommen ließ. — Ebenso wie die Tage am Ende Juni und Anfang Juli in zahlreichen Fällen die entscheidende Ausprägung der für einen großen Teil des Sommers charakteristischen Wetterlage bringen, so prägt sich auch die für den jeweiligen Winter beherrschende Wetterlage gern um Ende Dezember oder Anfang Januar aus, d. h. aber eben in der Zeit der „Zwölften", so daß der Glaube an den „Los"-Charakter der Witterung dieser Jahreszeit noch immerhin einen bescheidenen Kern birgt, den man mit Einschränkung als berechtigt gelten lassen kann.

wand, 4 Meter crèmefarbiger Rouleauxstoff, ein weiße Serviette mit den Buchstaben W. B., eine Gobelindecke mit grauen Blumen auf rotem Grunde und braunem Futter, sowie drei Läufer. Die Sachen sind diebstahlsverdächtigen Personen abgenommen worden. Sie können in den angegebenen Polizeirevieren besichtigt werden.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Waly Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

---

* **Aus dem Kreise Bromberg, 18. Dezember.** Am Sonnabend wurde auf dem Kleinbahnhof von Lukowiec, Kr. Bromberg, die Leiche des Viehhändlers Georg Dilawerski aus Bromberg aufgefunden. Man vermutete zunächst ein Verbrechen, doch haben die polizeilichen Ermittelungen ergeben, daß es sich um einen Unglücksfall handelt. Dilawerski ist beim Besteigen der Kleinbahn in der Dunkelheit niedergestürzt und hat sich dabei so schwere Verletzungen zugezogen, daß er daran verstorben ist. Das Geld, das er bei sich führte, 100 000 Mk., sowie seine anderen Sachen wurden sämtlich bei ihm vorgefunden.

hm. **Buk**, 18. Dezember. Durch **Unehrlichkeiten jüngerer Angestellter** wurde die hiesige Getreidefirma Zenkteler schwer geschädigt. Die Betrügereien wurden in der Weise ausgeführt, daß die Wiegezettel gefälscht und mit bedeutend höheren Gewichtsmengen, als in Wirklichkeit geliefert wurden, versehen worden sind. Auch Landwirte, die die Waren lieferten sind hierbei mit im Spiele. Es wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Der bisher festgestellte Schaden der Firma wird auf rd. 4 Millionen Mark geschätzt.

pb. **Buschdorf. Kreis Obornik**, 18. Dezember. Gestern, Sonntag nachmittags 3 Uhr fand hier ein **Weihnachtsspiel** statt „Die drei Schwestern im Walde“, veranstaltet vom Jungfrauenverein. Eingeleitet und geschlossen wurde es durch Ansprachen des Ortsgeistlichen, umrahmt war es von Weihnachtsliedern. Zum Beginn wurden einige gut gelungene Liederreigen aufgeführt. Die Darsteller des Spieles führten ihre Rollen in vorzüglicher Weise unter lautem Beifall der Versammelten durch, die in dem überfüllten Gemeindesaale sich eingefunden hatten. Es war eine sinnreiche Vorführung, die aller Herzen befriedigte. Das Reinerträgnis der Veranstaltung, rund 23 000 M., wurde für die Altersbilfe bestimmt. Am 1. Feiertage um 4 Uhr nachmittags soll ein Weihnachtsfestspiel im Gotteshause stattfinden, bei dem der Posaunenchor, Kirchenchor, Kinderchor mitwirken werden.

* **Karben, Kr. Strasburg, 17. Dezember.** Eine **Roheit**, die noch der Aufklärung und unnachsichtlicher Ahndung bedarf, vollbrachten unmütige Bubenhände, indem sie in der **evangelischen Kapelle von Kriegersdorf 26 Scheiben zertrümmerten.** Abgesehen vom Materialschaden, ist die Tat an sich um ihrer Roheit willen ganz besonders zu brandmarken. Daß auch Gotteshäuser vor Gemeinheit und Niedertracht heut nicht sicher sind, ist ein besonders trübes Zeichen der Zeit.

* **Lissa, 15. Dezember. Vom Zuge überfahren** wurde gestern nacht an dem Gruner Bahnübergange der Landwirt R. aus Wolfskirch. Es wurde ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt. Jedenfalls hat der Verunglückte das Läuten des Zuges überhört und ist an dem schrankenlosen Übergange von der Lokomotive erfaßt worden, wobei er seinen Tod fand. — Die Generalversammlung der **Vereinsbank** beschloß die Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 10 000 Mk., des Geschäftsanteils auf 10 000 M. und der Haftsumme auf 50 000 Mk.

hk. **Samotschin, 18. Dezember.** Gestern früh 6½ Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Alarmrufe der Freiwilligen Feuerwehr erschreckt. Es war in dem im ersten Stock befindlichen ersten Klassenzimmer der evangelischen Volksschule ein **Stubenbrand** ausgebrochen, der bei seiner Entdeckung bereits größeren Umfang angenommen hatte. Die Decke und Türfüllungen waren durchgebrannt. Der Feuerwehr gelang es bald, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der entstandene Schaden wird auf 500 000 Mk. geschätzt. Das Feuer wurde zuerst vom Kaufmann Hermann Salomon bemerkt, der mit seinem Arbeiter Borutzki sofort die Löschaktion einleitete und energisch betrieb. Es wird vermutet, daß das Feuer dadurch entstanden ist, daß am Sonnabend abend die Asche aus dem Ofen herausgenommen und gleich darauf ein Korb mit Torf und Holz vor den Ofen hingeschüttet wurde. Es ist möglich, daß ein unbeachteter Kohlenfunke in der Nacht an dem Feuerungsmaterial Nahrung gefunden hat. Andererseits heißt es, daß der betreffende Ofen schon seit Wochen stark geraucht und die Klassenlehrerin dem Magistrat vergeblich davon Mitteilung gemacht habe.

* **Thorn, 17. Dezember.** In der Stadtverordnetensitzung am Mittwoch wurde zum **Direktor des Mädchengymnasiums** an Stelle des Geistlichen Dr. Łęgowski, der sein Amt niedergelegt hat, der bisher am Knabengymnasium tätige **Professor Kaczor** gewählt. Dieser ist 1891 in Bielsk, Kr. Strelno, geboren.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz, 17. Dezember.** Mittwoch nachts brach in der Fabrik von **Horak u. Venske Feuer** aus, das sich im Augenblick auf alle vier Fabrikgebäude ausbreitete. Als das Feuer auskam, war die Fabrik in vollem Betrieb. Die anwesenden Arbeiter konnten sich nur mit Mühe retten. **Drei Angestellte sind in den Flammen umgekommen.** Die Arbeit der Feuerwehren konnte sich nur darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude zu schützen. Die **Fabrik** ist vollkommen **niedergebrannt**. Es wird angenommen, daß das Feuer dadurch entstanden ist, daß Funken aus einem heißgelaufenen Maschinenlager auf Baumwollballen gefallen sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei zum Tode Verurteilte im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

* **Thorn, 18. Dezember.** Das Bezirksgericht befaßte sich in diesen Tagen zum zweiten Male mit dem Verfahren gegen die Arbeiter Jan Raczkowski und Anastazy Bielski aus Niezywiecie und Anastazy Dejewski aus Grabowiec. Es wurde ihnen zur Last gelegt, am 21. November v. Js. die Familie Schoening in Dembowa Laka, Kreis Briesen, ermordet und beraubt zu haben. In der Hauptverhandlung am 21. März d. Js. wurden die Angeklagten wegen Raubmordes und räuberischer Erpressung zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde von ihnen beim Obersten Gericht in Warschau Berufung eingelegt. Dieses hob am 24. Juli d. Js. das Urteil auf und überwies die Angelegenheit zu erneuter Verhandlung an das Bezirksgericht. Nach dreitägiger Verhandlung (am 11., 12. und 13. d. Mts.), in der etwa 50 Zeugen vernommen wurden, gelangte das Bezirksgericht zu einem **Freispruch**. Der in bestialischer Weise an dem Grundbesitzer Wilhelm Schoening und dessen Tochter Cäcilie verübte Raubmord hat seinerzeit großes Aufsehen erregt. Die maskierten Räuber drangen des Abends, mit Revolvern bewaffnet, in die Wohnung des Herrn Schoening ein, bedrohten die Anwesenden, Eltern und Tochter, mit dem Tode, fesselten sie und raubten eine größere Summe Geldes. Dann stachen sie Schoening und dessen Tochter, obwohl diese rührend um Gnade flehten, mit Messern nieder und gaben etliche Revolverschüsse auf sie ab. Frau Ottilie Schoening stellte sich, von zwei Schüssen getroffen, tot und rettete auf diese Weise ihr Leben. Die Aussagen dieser einzigen Zeugin, die in den Angeklagten die Mörder zu erkennen vermeinte, stimmten in der letzten Verhandlung mit den von ihr früher gemachten nicht überein. Andere Zeugen erklärten, daß die Angeklagten zu der Zeit, wo der Mord begangen wurde, bei Bekannten zu Gaste waren. Am Mittwoch nachmittag 3 Uhr wurde das Urteil gefällt. Es lautete: Die Angeklagten werden von der Anklage des Mordes und der räuberischen Erpressung freigesprochen.

Neues vom Tage.

§ **Ausschalten des Zwischenhandels.** Die Stadt Quedlinburg gab der Fleischerinnung von Halle ein Darlehen von mehreren Millionen Mark, um bei den Landwirten direkt Schlachtvieh einzukaufen und damit den Zwischenhandelsgewinn auszuschalten.

§ **Großer Bleidiebstahl.** In Dessau wurde ein Fuhrwerk angehalten, das unter Heu versteckt für 2 Millionen Mark Bleibarren barg, die aus einer Fabrik in Wolfen gestohlen waren.

§ **Kirchendiebstahl in Augsburg.** Aus der Stadtpfarrkirche St. Georg in Augsburg wurde von Einbrechern das Tabernakel, die große Monstranz und mehrere Ziborien gestohlen. Die Monstranz, eine kostbare Arbeit der Alt-Augsburger Goldschmiedekunst, stellt allein einen Wert von 12 bis 15 Millionen Mark dar. Von den Tätern fehlt jede Spur.

§ **Ein Rechtsanwalt befreit Untersuchungsgefangene.** Der Rechtsanwalt Dr. Sch. in Köln hatte sich in einem Prozeß herbeigelassen, Gefangenen in der Untersuchungshaft in Schokoladenplatten feine Sägen einzuschmuggeln, wodurch es ihnen gelang, die Gitter zu durchsägen und zu flüchten. Es soll dies im Auftrage von Verwandten der Verbrecher, die er verteidigen sollte, getan haben; aber das wurde seinerzeit vor der Strafkammer nicht bewiesen, und es erfolgte Freispruch. Im Disziplinarwege haben ihm nun die Kölner Anwaltskammer und das Leipziger Obergericht die Fähigkeit zur Ausübung der Anwaltstätigkeit abgesprochen.

§ **Tücke des Schicksals.** Ein 16jähriger Räuber, der am Dienstag in Paris wegen Beihilfe eines Mordes an einer Frau, die er um 70 Franken beraubt hatte, zum Tode verurteilt war, erfuhr am Mittwoch, daß er von einer entfernten Verwandten 27 000 Franken geerbt hatte.

§ **Festnahme einer Anarchistengesellschaft.** Der Polizei ist es gelungen, in Spezia in Italien eine große Anarchistengesellschaft festzunehmen, die ein Attentat auf den Luxuszug Rom—Paris ausführen wollten.

§ **Dampferzusammenstoß.** Während eines Schneesturmes ist der Dampfer „Mexiko“ in der Lowerbai mit dem amerikanischen Dampfer „Hamilton“ zusammengestoßen. Die „Mexiko“, die 119 Passagiere an Bord hatte, erlitt schwere Havarien. Einzelheiten fehlen noch.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	15. Dezember	18. Dezember
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—,—	170 +
Kwilecki, Potocki i Ska.	750 A	—,—
Bank Poznański	—,—	400 + N
Bank Przemysłowców	750—700 + N	750 + A
Bank Zjednoczenia I. Em.	—,—	725—700 +
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	725 + A	700 +
Polski Bank Handlowy, Poznań	1200 + A	1200 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	490-450-460 + A	450—460 + N
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em. exkl. Kupon	350 + A	——
Bank Młynarzy	—,—	400—350 + A
Bank Stadthagen, Bydgoszcz	900 + N	—,—
Arcona	—,—	1900—1800 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł	500 + N	—,—
R. Barcikowski (exkl. Kup.)	850—890 + N	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	3850 + A	3500—3700 bis 3650 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	380-360-370 + N	350 + N
Centrala Skór (exkl. Kup.)	2000—1850 bis 1900 + N	2100—2150 + A
C. Hartwig I.—V. Em.	850—800 + A	750—775 + A
Hartwig Kantorowicz	2800—2850 + A	—,—
Hurtowina Drogeryjna	290—300 + N	300 +
Hurtownia Związkowa	250—275 + N	280—300 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	950 + A	950 + N
Herzfeld-Viktorius	2300—2400 bis 2200 + A	2200—1950 + N
Lacoma	10[illegible]0 + N	1100 +
Luban, Fabryka przetw. ziemn.	25 000 + N	25 000 + N
Dr. Roman May	——	7000 + A
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	1900 +	——
Młyn Ziemiański	1600 + A	1550 + N
Orient	550 + N	550 + A
Płótno	1000 + A	——
Patria	1600 + A	1400 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	1850—1800 + N	1750—1700 bis 1800 + A
Sarmatia I.—II. Em.	1800 + A	—,—
Tkanina	1000 + A	—,—
Tri	—,—	700 + A
„Unja“ (früher Pentzki) I. u. II. Em.	2900 + A	2800 + A
Waggon Ostrowo	975—1100 + N	1100—1200 bis 1150 + N
Wisła, Bydgoszcz	3700 + A	——
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	—,—	750—800 + A

Auszahlung Berlin 325—315. Umsatz: 25 150 000 dtsch. Mark

A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Berliner Börsenbericht

vom 18. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe	2650.—	Polnische Noten	34 50
Danz. Priv.-Aktienbank	3300.—	Auszahlung Holland	2455 —
Hartmann Masch.-Aktien	5500.—	„ London	28 500.—
Phönix	15 000 —	„ Neuyork	6 100.—
Schuckert	715.—	„ Paris	467 50
Hapag	5 200.—	„ Schweiz	1 160.—
3½% Pos. Pfandbriefe	69.50	Ungarische Goldrente	9 100.—
Auszahlung Warschau	33.50		

Danziger Mittagskurse vom 19. Dezember.

Polnische Mark in Danzig 38½

Dollar in Danzig 7200

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.